Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbmonatlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich sechsmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, G. m. b. H. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft Artur Molkenbuhr, für den lokalen Teil Wilhelm Kindermann, für Reklame u. Inserate Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gewähr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313), Postscheckkonto Magdeburg 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 260 — **Mittwoch, den 5. November 1930** — **5. Jahrgang**

Der Sturm gegen Severing.

Die Mißtrauensdebatte im preußischen Landtag.

Sie haben sich alle zusammengefunden, Deutschnationale, Kommunisten, Nationalsozialisten, Wirtschaftspartei, Deutsche Volkspartei, Landvolk, Christlich-Soziale Arbeitsgemeinschaft und kommunistische Opposition. Und selbst die Deutsch-Hannoverschen fehlten nicht, um im Namen der Freiheit den Niedersachsen Severing stürzen zu helfen. Und doch war es kein Sturm. Bei den entrüsteten Kampfreden gegen Severing schliefen die Zuhörer auf den Tribünen ein. Einer der Mitverschworenen, der Evangelisch-Soziale Meyer-Hannover, war dann auch ehrlich genug, zuzugeben, daß die ganze Veranstaltung mehr Theater als Ernst war. Er wies an der Hand der Protokolle Deutschnationalen, Kommunisten und Volksparteilern nach, daß sie schon im ganzen letzten Jahr bei allen Mißtrauensvoten und Anträgen auf Auflösung des Landtages mit mindestens 20 Leuten gespielt hätten, aus bloßer Angst, sie könnten versehentlich die Mehrheit bekommen. Denn in Wahrheit wissen alle, daß der preußische Staat vernünftig und gerade eben nur vom Kabinett Braun weitergeführt werden kann.

Bei der Begründung des Mißtrauensvotums

gab der Deutschnationale v. Winterfeldt — der Herr Fraktionsvorsitzende hatte sich persönlich bemüht — eine gescheitere Analyse der gegenwärtigen sozialdemokratischen Politik, als man sie von unseren Gegnern gewohnt ist. Die Sozialdemokratie stimme keineswegs mit dem Brüning'schen Reformprogramm überein. Sie halte Brüning nur bis zu dem Tag, wo sie mit Aussicht auf Erfolg Neuwahlen herbeiführen könne. Inzwischen suche sie ihre Macht in Preußen zu verewigen. Severing sei restlos der Alte geblieben. Das System Severing bedeute, mit den Mitteln des Staates die sozialdemokratische Arbeiterschaft zu stärken. — Diese Darlegungen des Herrn v. Winterfeldt fanden begreiflicherweise lebhaften Beifall bei den Sozialdemokraten als bei seinen Parteifreunden.

Umso kläglicher fielen die alten Hetzphrasen des Kommunisten Kasper ab, der

Severing als Faschisten

darstellen wollte.

Abg. Stendel (Vpt.) beeilte sich, für das Mißtrauensvotum zu plädieren.

Abg. Baecker (Landvolkp.) betont, der Stoß des Mißtrauensvotums

müßte sich eigentlich gegen den Ministerpräsidenten Braun richten.

Sogar die Koalitionsgenossen seien von der plötzlichen Ernennung Severings unangenehm überrascht worden. Die Verfassung werde vom Ministerpräsidenten Braun sehr weitherzig ausgelegt. Der Redner fordert Revision der Verfassung, wonach ein besonderes Organ für die Berufung von Ministern eingesetzt werden solle, etwa in der Person eines Staatspräsidenten.

Abg Ladendorff (Wirtschaftspartei) betont, es handele sich hier nicht um die Person des Ministers Severing als Mensch, sondern

um das System.

(Zurufe links: „Madenlied!") Ueber die Person des Herrn Innenministers, der zum dritten Mal an dieser Stelle stehe, könne kein Zweifel bestehen. Unter Verletzung des demokratischen Prinzips solle hier die führende **Stellung der Sozialdemokratie in Preußen und im Reich von neuem gesichert werden.** Die Wirtschaftspartei werde für die Mißtrauens-Anträge stimmen und dadurch bekunden, daß nur durch eine Beseitigung der marxistischen Herrschaft eine Befreiung vom Sklavensoch des internationalen Kapitalismus möglich sei (Beifall rechts); — Rufe links: „Alter Defauer!").

Abg. Kube (Natsoz.) Das christliche Zentrum habe wieder einmal keinen Vorwurf gegen jenen Grzesinski erhoben, gegen den der sozialdemokratische Richter Grützner so schwere Vorwürfe erheben konnte, daß Grzesinski dadurch gezwungen war, als Innenminister zu demissionieren (Rufe b. d. Komm.: „Sprechen Sie mal über Franzen!"). Das von Zionisten und anderen merkwürdigen Erscheinungen durchsetzte preußische Innenministerium habe den Mut, die Entfernung von Beamten aus dem Dienste zu verlangen, die nachweislich ohne Tadel seien, nur weil diese Beamten der Nationalsozialistischen Partei angehörten (Rufe links.: „Was macht Frick in Thüringen?") Wir haben nie erklärt, daß wir die demokratische Regierungsform für richtig halten (Stürm. Aha-Rufe b. d. Reg.-Parteien).

Abg. Heilmann (Soz.): Während der Rede des Abg. Kube hat der Nationalsozialist Haake mit einer drohenden Bewegung zum Präsidenten den Zwischenruf gemacht „Ich komme dagleich rauf!" Ich wollte nur dies erwähnen, um diesen rohen Ausdruck für das Protokoll nicht verloren gehen zu lassen.

Präsident Bartels erklärt, er habe den Zuruf bei dem andauernden Lärm nicht gehört; sonst hätte er entsprechende Maßnahmen ergriffen.

Abg. Leinert (Soz.):

Der nationalsozialistische Redner hat sich ungeheuer moralisch entrüstet. Ueber Moral zu diskutieren lohnt nicht gegenüber einer Partei, die mit dem höchsten Ehrenamt des Reiches, dem Mandat des Reichstagsabgeordneten

Mörder, Einbrecher und Sittlichkeitsverbrecher

beliehen hat. (Stürmischer Beifall bei den Soz. Unruhe rechts.) Der frühere nationalsozialistische Abgeordnete Dinter bezeichnet die Partei als Saustall, in dem durch die sittliche Verlotterung der Führer Korruption und Mißwirtschaft herrschen. Der frühere nationalsozialistische Gauleiter Friedrich nennt in einer Abrechnungsbroschüre „Unter dem Hakenkreuz" die nationalsozialistischen Führer

Lumpen, Lausbuben und Verbrecher,

erbärmliche Leute voll Eifersucht, Ehrgeiz und erbärmlichen Konkurrenzneides. Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Studienrat a. D. Bernhard Rust, Hannover, hat sich als Leutnant während des ganzen Krieges

von der Front gedrückt.

Dem Nationalsozialisten Hinckler hat die Universitätsklinik in Halle im Jahre 1926 bescheinigt, daß er an Veitstanz, Gedächtnisschwäche und schwerer Beeinträchtigung der geistigen Bereitschaft leide; bei der Natur des Leidens sei es ausgeschlossen, daß Hinckler zum Lehrerberuf wieder fähig werden könne. **Dieser Hinckler steht jetzt vor mir als nationalsozialistischer Abgeordneter des Preußischen Landtages.** (Stürmische Heiterkeit und lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Die Zumutung des Herrn Kube, seiner Partei Achtung entgegenzubringen, erscheint danach geradezu lächerlich. (Erneuter lebhafter Beifall links.)

In Severing erblicken wir die Garantie

daß das Amt des preußischen Innenministers im Geiste der Republik verwaltet wird. Daß die preußische Polizei dem Schutz der Volksfreiheit dient und nicht wie in Thüringen und Braunschweig ihrer Bedrohung. Gegenüber nationalsozialistischen und bolschewistischen Gewaltsabsichten bedeutete Severing die

Sicherstellung der republikanischen Abwehr.

Der kommunistische Redner hat nach alter übler Gewohnheit Severing als „Arbeitermörder" beschimpft. Niemand hat größere Ströme Arbeiterblut vergossen als die Kommunistische Partei.

Severing ist der Schutzwall gegen den Bürgerkrieg.

Aber er ist zugleich ein Repräsentant der sozialen Ziele der Arbeiterklasse, wie er noch als Schlichter im Nordwestdeutschen Eisenkonflikt bewiesen hat. (Sehr gut! bei den Soz.) Die deutsche Arbeiterklasse, die deutschen Republikaner setzen das allergrößte Vertrauen in Karl Severing und begrüßen mit freudiger Genugtuung die Wiederaufnahme seiner Arbeit im Preußischen Innenministerium. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Meyer-Hermsdorf (Christl.-Soz. Volksdienst): Ueber unsere Haltung hat Herr Hugenberg im Wahlkampf eine Fülle wahrheitswidriger Behauptungen aufgestellt (Zuruf: Sie kommen gegen den Lügenberg doch nicht auf!)

Die Mißtrauensanträge werden nachgerade lächerlich.

Bei den letzten Mißtrauensanträgen haben 5 Deutschnationale, 6 Kommunisten und 5 Volksparteiler gefehlt; bei den Anträgen auf Auflösung des Landtages 5 Deutschnationale, 8 Kommunisten und 7 Volksparteiler. (Zuruf: Und die da waren, haben auch nur mit Angst dafür gestimmt!) (Heiterkeit!)

Wir machen diese Spielerei nicht mehr lange mit.

Aber wir werden gegen Severing stimmen, um nicht der skrupellosen Demagogie gegen uns neuen Stoff zu geben.

Morgen Abstimmung.

Die Abstimmung über das Mißtrauensvotum findet Donnerstag Nachmittag um 2 Uhr statt. Die heutige Debatte hat immerhin ergeben, daß alle antirepublikanischen Parteien und Parteisplitter des Landtages die größten Anstrengungen machen, eine Mehrheit gegen Severing zusammen zu bekommen.

Am Mittwoch stehen die Anfragen und Anträge über die Grubenkatastrophen auf der Tagesordnung.

Wie die Nazis „regieren" wollen.

Aufklärungen von Goebbels.

Der Führer der Berliner Nationalsozialisten Goebbels hatte die gesamte Berliner SA., die Sturmabteilung, zu einer vertraulichen Besprechung am Montag abend eingeladen. An dieser Besprechung nahmen etwa 2500 SA.-Leute teil. Die Besprechung vollzog sich so, daß die SA.-Mitglieder Fragen schriftlich einreichten, auf die Goebbels dann antwortete. Auf eine Frage über die zukünftige Betätigung der Nationalsozialistischen Reichstagsfraktion antwortete Goebbels, viele Parteigenossen dächten, daß es jetzt jeden Tag eine solenne Prügelei im Reichstag geben würde. Das sei selbstverständlich nicht möglich. Wenn aber der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Landsberg die „Femerichter" noch einmal als Mörder bezeichne, würde Oberleutnant Heines ihn „von der Bühne runterholen, und die Nationalsozialistische Fraktion würde die Roten aus dem Reichstag hauen, daß sie das Wiederkommen vergäßen". So etwas werde dem Volke imponieren . . .

Wenn die Nationalsozialisten in die Regierung gingen, dann würden sie die Reichswehr-, Polizei- und Kultusministerien besetzen. Die „Leute" dafür seien schon da. Wenn er, Goebbels, Innenminister werde, würde er sich immer als Parteifunktionär fühlen. Wenn er z. B. in einer Zeitung angegriffen würde, dann müßte die SA. zu der betreffenden Zeitung hingehen und den Redakteuren einen Liter Rhizinusöl zu trinken geben. Seine Aufgabe als Minister würde es dann sein, dafür zu sorgen, daß die Polizei erst eine halbe Stunde später käme, wenn alles vorbei wäre. Der Terror der Kommunisten könne erst gebrochen werden, wenn sechs von diesen Leuten um die Ecke gebracht würden.

Jeder, der ausländische Autos fahre, solle verhauen und der Wagen zerstört werden.

Also Faschismus nach italienischem Muster in Deutschland — das ist das Ziel der Hakenkreuzler!

Brünings Programm.

Die Reichsregierung hat am Dienstag abermals den Reichsrat als Forum für die Bekanntgabe und die Begründung ihrer allgemein-politischen Absichten benutzt. Der Reichskanzler Brüning hat das Finanz- und Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung politisch begründet. Er fordert, daß der Reichsrat das Programm in 14 Tagen durchberate.

Der Reichskanzler hat diesen Plan unter zwei Gesichtspunkten gewürdigt. Er erblickt in seiner Durchführung die Voraussetzung jeder auf eine Revision der bisherigen Zahlungsverpflichtungen gerichteten Außenpolitik. Er glaubt ferner, daß die Verabschiedung der 30 Gesetze, die diesen Plan bilden, das Vertrauen wieder herstellen und die Vorbedingung für eine künftige Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft schaffen werden.

So weit der außenpolitische Gesichtspunkt in Betracht kommt, sollen die Darlegungen des Reichskanzlers besagen, daß, solange die deutschen Finanzen nicht gründlich in Ordnung gebracht sind, an ernsthafte Bemühungen um eine erträgliche Neuregelung der deutschen Reparationsverpflichtungen nicht gedacht werden kann. Das ist ein Gesichtspunkt, dem wir durchaus zustimmen können.

Es ist ferner unstreitig richtig, daß die gegenwärtige Krise darauf beruht, daß das öffentliche Vertrauen sowohl in wirtschaftlicher als auch in politischer Hinsicht wankend geworden ist. Die Befestigung des Staatshaushaltes, die Ordnung der Reichsfinanzen, die Befestigung geordneter parlamentarischer Zustände sind sicherlich notwendige Voraussetzungen für eine Ueberwindung der Krise. Strittig ist aber, ob dieses Ziel wirklich nur auf dem Wege zu erreichen ist, den die Regierung zunächst in großen Umrissen und nunmehr auch in Einzelgesetzen vorgelegt hat. Es bestehen dagegen sehr berechtigte Bedenken.

Nach wie vor hofft die Regierung, eine Kostensenkung in der gesamten Wirtschaft durch Preissenkung und einseitige Steuerherabsetzungen herbeizuführen. Das Wesentliche dabei ist, daß sie auf Preissenkungen hofft, und nur auf dem indirekten Wege darauf hinzuwirken versucht. In der Frage der Lohnsenkung verhält es sich, wie frühere Ausführungen des Reichsarbeitsministers Stegerwald und seine Rede im Reichsrat beweisen, weitaus aktiver und entschiedener. Hier hofft sie nicht nur, hier handelt sie auch! Wir vermissen jedoch eine gleiche Aktivität und tatsächliche Handlungen in der Frage der Preissenkung. Einige kleine Ansätze, so bei den Kohlenpreisen, vermögen nicht, den Eindruck zu erschüttern, daß die Regierung bisher nichts Entscheidendes zur Herbeiführung der Preissenkung unternommen habe!

Aus den Worten des Reichskanzlers geht das Eingeständnis hervor, daß vor allem bei den Kosten der Lebenshaltung bisher nichts Entscheidendes zur Senkung geschehen ist. Der Reichskanzler hat dafür neue Maßnahmen auf agrarpolitischem Gebiete angekündigt. Er hat sich nicht darüber geäußert, ob diese Maßnahmen die bisher eingeschlagene Richtung in der Agrarpolitik weiter verfolgen wird. Die bisherige Agrarpolitik, die in der Hauptsache Zollpolitik war, hat nicht nur auf ein Festhalten der Agrarpreise, sondern darüber hinaus auf eine Aufwärtsbewegung hinwirken wollen. Das wirtschaftliche Gesamtinteresse erfordert jedoch nicht nur, daß die Zwischenhandelsspanne erheblich gesenkt wird, es erfordert vielmehr eine energische und fühlbare Preissenkung beim letzten Verbrauch.

Die Programmrede des Reichskanzlers ließ außerdem ein positives Arbeitsbeschaffungsprogramm vermis-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919301105-18/fragment/page=0001

sen. Man kann darüber hinaus aus der Erklärung des Kanzlers, daß die Regierung zunächst keine Einzelmaßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorlegen wolle, den Schluß ziehen, daß die Reichsregierung zunächst auch dem preußischen Arbeitsbeschaffungsprogramm, das von weitesten Kreisen der Bevölkerung gebilligt wird, nicht näher zu treten wünscht. Die Stellungnahme, die das neue Programm dem Wohnungsbau gegenüber einnimmt, ist gleichfalls nicht geeignet, der Massenarbeitslosigkeit unmittelbar entgegen zu wirken.

So beruht die Gesamtheit dieses Programms, wenn man von den Einzelheiten absieht, im wesentlichen auf Hoffnungen. Auf der Hoffnung, daß durch indirekte und psychologische Einwirkungen die Preissenkung von selbst in Gang kommen möge und auf der Hoffnung, daß die Senkung einzelner Steuern zu einer Belebung der Wirtschaft aus sich selbst heraus führen möge. So lange die Hoffnungen nicht von einer aktiven Wirtschaftspolitik begleitet werden, bleiben alle Voraussetzungen für den Ausweg aus der Krise unsicher. Obwohl sich der Reichsfinanzminister Dietrich lebhaft bemüht hat, Optimismus zur Schau zu tragen, klang aus seinen Ausführungen immer wieder ein pessimistischer Unterton: daß nämlich, wenn die Hoffnungen sich als irrig erweisen und die indirekte Methode nicht zu direkten Erfolgen führt, dann eben wieder eine neue und dann noch kritischere Situation da sein werde.

Wenn unter diesen Umständen das Programm glaubt, die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung vom Reichsetat loslösen zu können, so liegt darin ein sehr starkes Gefahrenmoment.

Das Programm der Regierung wird zunächst im Reichsrat umkämpft sein. Die Interessen der Länder werden dort sehr energisch vertreten werden. Die Interessen der Gemeinden jedoch, in die dies Programm außerordentlich stark eingreift, haben im großen und ganzen im Reichsrat keine Vertretung. Die Interessen der Gemeinden aber sind im wesentlichen identisch mit den sozialen Interessen der breiten Massen der Bevölkerung!

Um so stärker müssen die Masseninteressen bei der Beratung des neuen Programms im Reichstag vertreten werden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist diesem Programm gegenüber in ihrer Stellung vollständig frei. Sie wird sich bemühen, die Interessen der breiten Massen des Volkes zu wahren, Verbesserungsvorschläge durchzusetzen und das Beste aus diesem Programm zu machen. Ihre Verbesserungsversuche werden, wie die letzte Entschließung der Deutschen Volkspartei erkennen läßt, auf große Widerstände stoßen. Von rechts her wird der Versuch unternommen werden, noch einseitiger die Unternehmerinteressen gegenüber den Interessen der breiten Massen der Bevölkerung herauszuarbeiten. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird in dem Ringen um die Verbesserung des Programms ihre ganze Kraft einsetzen, sie ist bereit zur Abwehr wie zum Angriff!

*

Ohne Notverordnung.

Die Reichsratsausschüsse beginnen heute vormittag um 10 Uhr mit den Beratungen. Es werden der Reichskanzler sowie einige andere Kabinettsmitglieder teilnehmen.

Die Andeutung deutschnationaler Organe, daß die Regierung die Erledigung des Programms durch Notverordnung in Kraft setzen wolle, wird von Regierungsseite als völlig unzutreffend zurückgewiesen. Die Vorlagen, so heißt es, werden aus dem Reichsrat den ordnungsmäßigen Weg in den Reichstag gehen.

Grzesinski ernannt.

Der amtliche preußische Pressedienst meldet: Das preußische Staatsministerium hat beschlossen, den Staatsminister a. D. Grzesinski zum Polizeipräsidenten von Berlin zu ernennen. Der bisherige Polizeipräsident von Berlin Zörgiebel ist in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden.

Der Fall Franzen.

Stürmische Debatte im braunschweigischen Landtag.

Braunschweig, 4. November. (Eig. Drahtb.) In der Dienstag-Sitzung des braunschweigischen Landtags wurde die sozialdemokratische Große Anfrage über den Fall Franzen behandelt. Die sozialdemokratischen Abg. Thielemann und Dr. Jasper begründeten die Anfrage und stellten beide anhand der bisher zur Veröffentlichung im „Volksfreund" verbotenen amtlichen Bekanntmachungen des Berliner Polizeipräsidiums fest, daß der braunschweigische Polizeiminister die Berliner Polizeibeamten irregeführt habe. Alle Versuche, die Angelegenheit als Tagesklatsch abzutun, wie es die bürgerliche Presse in Braunschweig versuche, seien gescheitert. Wenn Dr. Franzen wirklich den ganzen Sachverhalt aufklären wollte, dann hätte er den verantwortlichen Redakteur des „Volksfreundes" wegen Beleidigung verklagen müssen. Das hätte er nicht getan, deshalb müsse man seine Haltung als ein Kneifen bezeichnen. Bezeichnend sei auch sein schnelles Verschwinden aus dem preußischen Justizdienst. Das habe er nur getan, um einem unangenehmen Disziplinarverfahren zu entgehen. Minister Dr. Franzen glaube wohl selbst nicht daran, daß er in Braunschweig eine Lebensstellung haben würde. (Hier ruft ein nationalsozialistischer Abgeordneter: „Doch, bestimmt!" — worauf große Heiterkeit im ganzen Hause entsteht.)

Minister Dr. Kuchenthal

gab eine Erklärung ab, die besagt, daß Franzen sein Amt nicht niederlegen und sich bis zur Entscheidung über das Strafverfahren auch nicht aller Dienstgeschäfte enthalten wolle. Dr. Kuchenthal brachte aber indirekt zum Ausdruck, daß er diese Erklärung lediglich auf Grund eines Beschlusses des Staatsministeriums wiedergebe.

Es ist unverkennbar, daß dieser Beschluß gegen die Stimme Kuchenthals zustanden gekommen ist. Bekanntlich besteht das Staatsministerium aus zwei Ministern. In der dann fortgesetzten Debatte kam es zu

heftigen Zusammenstößen

zwischen den nationalsozialistischen Rednern, die einen verzweifelten Ablenkungsversuch machten und der Sozialdemokratie alle möglichen Korruptionsfälle vorwarfen.

Wiederholt nahm die Sitzung tumultartigen Charakter an, wobei es Ordnungsrufe hagelte. Der volksnationale Abg. Schrader, der mit seiner Stimme die Entscheidung gibt, für die Rechtsregierung in Braunschweig, bedauert außerordentlich, daß Franzen nicht so viel Takt bewiesen habe, sein Amt, solange das Verfahren nicht abgeschlossen sei, zur Verfügung zu stellen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung nahm Franzen das Wort.

Er betonte, daß gerade er es gewesen wäre, der alle Schritte zur schnellsten juristischen Klärung der Angelegenheit unternommen habe.

Nach lebhaften Auseinandersetzungen, in denen die sozialdemokratischen Redner die wüsten persönlichen Angriffe gegen die SPD.-Führung zurückwiesen, vertagte sich der Landtag.

Im goldenen Prunkwagen.

Wie die Sowjet-Gesandtin Frau Kollontay zu Hofe fährt.

So kam Frau Alexandra Kollontay beim schwedischen König angelangt.

Die Kommunisten halten sich etwas darauf zugute, daß sie sozialfaschistische Minister „anprangern", wenn diese in Verfolg ihrer Repräsentationspflichten sich mit Vertretern auswärtiger Staaten an einen Tisch setzen. Im Wahlkampf haben derartige Bilder eine große Rolle gespielt, und viel ist während des Wahlkampfes und auch nachher darüber geredet worden. Da ist es wohl angebracht, eine Parallele zu liefern.

Aus Stockholm berichten die Telegraphenbüros:

Der König von Schweden empfing im Königlichen Schloß zu Stockholm in Audienz zur Ueberreichung der Kreditivbriefe den außerordentlichen und bevollmächtigten Minister der Vereinigten Sowjetrepubliken Frau Kollontay. Frau Kollontay wohnte in Stockhol in dem bekannten Grand Hotel, dem elegantesten und teuersten Hotel in Schweden. Als der berühmte „Siebenglaswagen", der goldene Prunkwagen, bespannt mit vier feurigen Hengsten, vor dem Hotel vorfuhr, hatte sich schon eine ansehnliche Zuschauermenge versammelt.

Frau Kollontay ließ nicht nur die Zuschauer, sondern auch den König etwas warten. Sie kam etwas verspätet in einem wundervollen Pelz, es soll Chinchilla gewesen sein, und auf ihrer Brust blitzte ein Schmuck (oder war es sogar ein Orden, wie manche behaupten). Sie lächelte holdselig in die Kameras der Photographen und Filmleute und sprach ein paar wohlklingende Phrasen zu ihrem Begleiter vor dem Mann mit der Lautfilmkamera, während die Damen in der Zuschauermenge von ihrem Hut und ihrem eleganten Taftkleid tuschelten.

Dem offiziellen Hofbericht ist dann noch folgendes zu entnehmen:

Als die Galaequipage die Einfahrt passierte, ging die Schloßwache unter Gewehr, und die Musik der Göta Garde blies den Parademarsch. In den Treppen und Vestibülen waren die Trabanten in Harnischen und Lederkostümen aus der Zeit Carl XI. und Carl XII. aufgestellt. Kammerherren und Kammerjunker bildeten Spalier mit dem ersten Hofmarschall an der Spitze. Im nächsten Salon hatten sich der Oberstkammerherr, die dienstuenden Kabinettskammerherren und Adjutanten versammelt.

Der dienstuende Oberkammerherr führte Frau Kollontay zum König, dem sie ihre Kreditivbriefe überreichte, worauf er sich einen Augenblick mit ihr unterhielt. Nach der Audienz wurden auch die übrigen Mitglieder der Sowjetgesandtschaft vorgestellt.

Auf der Rückfahrt wurde Frau Kollontay von dem Boron de Geer im Prunkwagen begleitet.

Von anderer Seite wird zu diesem Bericht noch gemeldet, daß Frau Kollontay nahegelegt worden sei, auf das altertümliche Zeremoniell zu verzichten. Frau Kollontay habe das ausdrücklich abgelehnt.

Kein vernünftiger Mensch wird etwas dagegen einwenden, daß auch die Sowjetvertretungen im Ausland ihre Repräsentationspflichten erfüllen. Ob das gerade in der oben geschilderten Weise sein muß, sei dahingestellt, wobei wir darauf verweisen können, daß Deutschland bahnbrechend in der Beseitigung altertümlichen Mummenschanzes vorgegangen ist. Aber sei dem, wie dem sei. Wenn die kommunistische Sowjetrepublik auf dem Standpunkt steht, daß, solange solche Ehrungen den Vertretungen anderer Staaten erwiesen werden, sie auch den Vertretern Sowjetrußlands gebühren, soll sie tun, was sie lustig ist. Nur die deutschen Kommunisten, die doch alles, was von Moskau kommt, anbeten, sollen endlich ihre Heuchelei beiseite lassen. Die Frau Kollontay im goldenen Prunkwagen ist schließlich auch nicht von Pappe.

Frick verbietet.

Weimar, 4. November. (Eig. Drahtb.). Am Dienstag abend 8 Uhr sollte Helmut von Gerlach in einer öffentlichen Versammlung in Altenburg über das Thema sprechen: Ist die deutsche Republik bedroht? Die Versammlung war einberufen vom Reichsbanner, Gewerkschaftskartell, der deutschen Friedensgesellschaft und der Sozialdemokratischen Partei. Frick hat diese Versammlung auf Grund § 32 der Landesverwaltungsordnung von Thüringen verboten. Dieser Paragraph besagt: „Die Verwaltung hat als Polizei die Aufgabe, der Gesamtheit oder dem einzelnen bevorstehende Gefahr abzuwehren, durch die die öffentliche Ruhe, Sicherheit oder Ordnung gestört wird."

Aber die Versammlung fand doch statt.

Altenburg, 5. November. (Eig. Funkm.). Die öffentliche Versammlung der Deutschen Friedensgesellschaft und der Sozialdemokratischen Partei, die der thüringische Minister Frick unmöglich machen wollte, hat doch stattgefunden. Sofort nach dem Verbot Fricks berief das Parteisekretariat der SPD. eine Protestversammlung ein, die so stark besucht war, daß Hunderte von Personen wieder umkehren mußten. Der Hauptredner war Parteisekretär Arthur Zimmermann. In der Diskussion tam Helmut von Gerlach, dem Frick das Reden verbieten wollte, von der Versammlung stürmisch begrüßt, zu Wort. Die Versammlung nahm eine geharnischte Protestentschließung an.

Billig weggekommen.

Das Urteil im ostpreußischen Aufruhrprozeß.

Königsberg, 4. November. (Eig. Drahtb.) In dem Prozeß gegen die „Schwarze Fahne" wurden verurteilt: von Platen, von Weiß und Thymian zu je 3 Monaten Gefängnis, Doepner zu 5 Monaten Gefängnis, die Landwirte Buchholz und Paltinat wegen schweren Aufruhrs zu je 6 Monaten Gefängnis. Den Angeklagten Buchholz und Paltinat wird die erlittene Untersuchungshaft in voller Höhe auf die erkannte Strafe angerechnet. Die Kosten des Verfahrens fallen, soweit Verurteilung erfolgt, den Verurteilten, im übrigen der Staatskasse zur Last.

Das Gericht hat im Hinblick auf die bisherige Unbescholtenheit sämtlichen Angeklagten eine Strafaussetzung auf die Dauer von drei Jahren zugebilligt unter der Bedingung, daß sie an die Gerichtskasse als Buße zahlen: Doepner 100 M, von Platen 300 M, von Weiß 100 M, Thymian 100 M, Buchholz und Paltinat je 150 M.

31 Stimmen Mehrheit für Macdonald.

London, 5. November. (Telunion). Im Unterhause wurde der von der Konservativen Partei eingebrachte Mißtrauensantrag gegen die Regierung Macdonald mit 281 gegen 250 Stimmen abgelehnt.

Frankreich und der Flottenpakt.

Unterredung Briands mit dem englischen Botschafter.

Paris, 5. November. (Eig. Drahtb.). Außenminister Briand, der am Dienstag zum ersten Male seit seiner Krankheit im Ministerrat erschienen war, hatte nachmittags den englischen Botschafter in Paris, Tyrell, empfangen. Die Unterredung soll der Flottenabrüstung gegolten haben. Entgegen seiner bisherigen Haltung scheine England jetzt plötzlich Wert darauf zu legen, daß Frankreich auch ohne Rücksicht auf Italien der Londoner Flottenkonvention zwischen England, Amerika und Japan beitrete. Briand habe diese Forderung abgelehnt, da damit jede Aussicht auf eine Verständigung mit Italien unmöglich würde. Frankreich sei entschlossen, während der Genfer Abrüstungskonferenz noch einmal einen letzten Versuch zur „Einigung mit Italien" zu unternehmen. — Einen Versuch, von dem das „Echo de Paris" sagt, er sei „nach den Provokationen Mussolinis beinahe übertriebene Langmut, die schon in Schwäche auszuarten drohe".

Der dritte Jornsprozeß.

Eine Sache, die die Richter unter sich selbst ausmachen mögen.

In Berlin-Moabit begann am Dienstag der Prozeß gegen den Redakteur Bornstein vom „Montag Morgen", der beschuldigt wird, den berüchtigten Reichsanwalt Jorns beleidigt zu haben. Der Prozeß wird zum dritten Mal verhandelt. Der Prozeß wird zum dritten Mal verhandelt. Bekanntlich wurden in den ersten Terminen Feststellungen gemacht, die den Reichsanwalt Jorns auf das schwerste kompromittierten. So wurde durch Urteil festgestellt, daß Jorns im Mordfall Liebknecht-Luxemburg seine Pflicht als Untersuchungsrichter nicht erfüllt und den angeklagten Mördern in vielfacher Beziehung Vorschub geleistet habe. Die erste Verhandlung endete mit Bornsteins völligem Freispruch; die zweite Verhandlung mit einer geringen Formalstrafe, deren Begründung jedoch gleichfalls die schweren Verfehlungen des Herrn Jorns unterstrich. Während des zweiten Prozesses stark bekanntlich der große Ankläger des Reichsanwalts Jorns, der Rechtsanwalt Paul Levi, der sich im Fieberwahn aus seiner Wohnung auf die Straße stürzte.

Den jetzigen Termin leitet Landgerichtsdirektor Ohnesorge, die Sache wird wohl bis Januar 1931 verhandelt werden, da die in Moabit bekannten und fast gefürchtete Gründlichkeit des Herrn Ohnesorge selbst die fünf Wochen der letzten Verhandlung sicherlich erheblich überschreiten wird. Bei Aufruf der Parteien stellt sich heraus, daß der Angeklagte Bornstein nicht erschienen ist. Unter großer Bewegung der Anwesenden verliest der Vorsitzende das folgende

Schreiben Bornsteins:

„Dem hohen Gericht teile ich ergebenst mit, daß ich in dem heute beginnenden Prozeß mein Recht auf Verteidigung nicht auszuüben gedenke und deshalb zur Verhandlung nicht erscheinen werde. In jeder Zeile seiner Entscheidung hat der zweite Strafsenat des Reichsgerichts seinen Willen erkennen lassen, daß Reichsanwalt Jorns rehabilitiert und nicht bestraft werden müsse. Ich bezweifle nicht, daß die Strafkammer, entgegen den offenkundigen Wünschen des Reichsgerichts, ebenso wie die beiden Berliner Gerichte, die in dieser Sache bis jetzt zu entscheiden hatten, zu der Ueberzeugung gelangen werden, daß der Wahrheitsbeweis zu Ungunsten des Herrn Reichsanwalts erbracht ist. Aber ich muß befürchten, daß der zweite Strafsenat des Reichsgerichts auch ein drittes Urteil dieser Art wieder aufheben und noch einen vierten oder fünften Jornsprozeß erzwingen wird."

Das Gericht beschließt, ohne den Angeklagten zu verhandeln, trotzdem Oberstaatsanwalt Köhler die Möglichkeit einer einwandfreien Durchführung der Verhandlung unter diesen Umständen bezweifelt. Nun beginnt eine stundenlange Verlesung der Akten und der Urteile erster und zweiter Instanz. Eine Massenflucht setzt ein. Der große Verhandlungssaal ist unheimlich verödet. Auf den Zuschauerbänken sitzen zwei Mann. Auch die Richter schauen gelangweilt drein, die monotone Stimme des vorlesenden Hilfsrichters versinkt im Raum. Nervös und aufgeregt ist allein Herr Jorns, der unablässig in seinen Papieren blättert . . .

Die Wahlen in Amerika.

Newyork, 4. November. (Eig. Drahtb.) Die Wahlerwartungen sind nach der außerordentlichen konfusen und durch die Prohibitionsfrage maßgebend beeinflußten Wahlkampagne aufs äußerste gestiegen. Man rechnet allgemein mit einer grundlegenden Veränderung der politischen Machtverteilung, d. h. mit Erfolgen der Demokraten. Die Wahlen werden nach allgemeiner Auffassung unzweifelhaft die wachsende Unpopularität Hoovers und seines Regimes aufzeigen und damit interessante Ausblicke für die Präsidentenwahlen, die 1932 stattfinden, geben.

Amerikanisch-norwegischer Staatsvertrag. Das Staatsdepartement gibt den Abschluß eines amerikanischen Staatsvertrages bekannt, der die Abschaffung der amerikanischen Dienstpflicht für Bürger doppelter Staatszugehörigkeit vorsieht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919301105-18/fragment/page=0002

14 Prozent Dividende.

Und 265 tote Bergleute.

Für die Linderung der ersten Not der Hinterbliebenen bei der fürchterlichen Bergwerkskatastrophe in Alsdorf, wobei 265 Bergleute den Tod fanden, sind 900 000 Mark zur Verfügung gestellt worden. In der Generalversammlung des Eschweiler Bergwerksvereins — der Katastrophenschacht gehört zu diesem Unternehmen — machte die Verwaltung nähere Mitteilung, woher diese 900 000 Mark stammen. Von Seiten des Eschweiler Bergwerkvereins und der mit ihr befreundeten Unternehmungen sind 300 000 Mark hergegeben worden; 600 000 Mark gab öffentliche und private Mildtätigkeit.

In derselben Generalversammlung wurde mitgeteilt, daß der Eschweiler Bergwerksverein nach wie vor eine Dividende von 14 Prozent zahlt. Damit ist natürlich nur ein Teil der wirklichen Gewinne ausgewiesen. Der Eschweiler Bergwerksverein gilt als eines der wertvollsten Stücke des luxemburgischen Großkonzerns Arbed (Acieries Reunies Burbach-Eich-Düdelingen). Die „Arbed" ist nach dem Ruhrtrust der größte europäische Stahlerzeuger. Er beschäftigt nicht weniger als 75 000 Angestellte und Arbeiter. Die Summe von 300 000 Mark ist, gemessen an der Kraft der Arbed, sicherlich ein Almosen. Schon allein der Eschweiler Bergwerksverein hätte bei seinen annähernd 5 Millionen offenen Reserven tiefer in den Beutel greifen können.

Das nur über die Möglichkeit, etwas für die Hinterbliebenen zu tun. Grundsätzlich stellen wir uns auf den Standpunkt, daß man die Arbeiterschaft nicht auf Mildtätigkeit zu verweisen hat, sondern daß sie gegen das Risiko des Arbeitsmarktes, von Krankheiten und des Unfalls zu versichern ist. Wesentlich ist auch das: um eine Dividende von 14 Prozent zu zahlen, müssen die Kader laufen, wird die Arbeitskraft bis aufs äußerste ausgepumpt. Das ist nicht nur bei der luxemburgischen Arbed so, sondern auch bei den deutschen Konzernen. Das System der Antreiberei zwingt aber die Arbeiter, die gebotene Vorsicht gegenüber Unfallgefahren nicht zu beobachten. Hier liegt ohne Zweifel der Hauptgrund für die große Katastrophe im Bergwerk. 14 Prozent Dividende und die große Bergwerkskatastrophe stehen in einem inneren Zusammenhang. Das ist nicht zu leugnen.

Es ist das Verdienst der Gewerkschaften, durch Aufklärung und durch Bekämpfung von Mißbrauch und Mißständen dem System der Antreiberei entgegengewirkt zu haben. In dem Maße, wie sich die Gewerkschaften durchsetzen konnten, ist auch die Unfallkurve im Bergbau zurückgegangen. Fortführung dieser Politik bietet die einzigste Gewähr, die Unfallkurve weiter zu drücken und die Gefahr der großen Bergwerkskatastrophe einzudämmen. Die Politik der Rekordividende darf unter keinen Umständen diese Entwicklung hemmen.

Polnische Landsklaven.

Ein Gerichtsurteil, das zum Nachdenken veranlaßt,

fällte der Schnellrichter in Stolp (Hinterpommern). Vor ihm hatten sich 15 polnische Landarbeiter und -arbeiterinnen wegen unbefugten Aufenthalts in pommerschen landwirtschaftlichen Betrieben zu verantworten. Sie erhielten nach einem Bericht der „Pommerschen Provinzkorrespondenz", je 14 Tage Gefängnis.

Das alte Lied: die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen. Die armen polnischen Landarbeiter werden verurteilt, wenn sie in Deutschland Brot suchen und keine vorschriftsmäßigen Papiere haben. Die Agrarier, die diese Landarbeiter beschäftigen, werden nicht bestraft. Das bedeutet einen förmlichen Anreiz zur Beschäftigung von Ausländern, die nicht im Besitz ordentlicher Papiere sind; denn warum werden solche Leute gern beschäftigt? Sie dürfen sich nicht muckfen, weil sie sonst gestraft werden und sind daher gezwungen, zu noch elenderen Lohn- und Arbeitsbedingungen zu arbeiten als die regulären polnischen Wanderarbeiter. —

•

Bei der Festsetzung des neuen Ausländerkontingents für das nächste Jahr muß ein für alle Mal der Zustrom polnischer Wanderarbeiter auf den überlasteten deutschen Arbeitsmarkt abgestoppt werden. Wenn der Abbau des Ausländerkontingents auch nicht so leicht ist, wie manche Leute sich das vorstellen — man kann nicht in Bausch und Bogen alle polnischen Wanderarbeiter mit und ohne Befreiungsschein über die Grenze schicken — so darf man doch erwarten, daß das Kontingent mindestens um die Hälfte oder um drei Viertel verkleinert wird. Da alsdann jedoch erst recht die Agenten auch nicht zugelassene Arbeiter über die Grenze holen werden, muß unbedingt die Beschäftigung solcher Arbeiter bestraft werden; denn der Arbeitgeber ist der Schuldige.

Die neuen Herren in Brasilien.

Reaktionär bis auf die Knochen.

Rio de Janeiro, 4. November. (Eig. Drahtb.). Der neue, von der Militär-Junta ernannte brasilianische Staatspräsident Dr. Vargas hat am Dienstag in Gegenwart der neuen Machthaber und aller hohen Militärs und Staatsfunktionäre sein Amt angetreten. Ein von Vargas unterzeichnetes Manifest übermittelt der Bevölkerung das Regierungsprogramm, das u. a. folgende Punkte enthält: Generalamnestie, Erziehungs- und Schulreform, Nachprüfung der Regierungsakte des gestürzten Ministeriums, Reorganisierung von Armee und Flotte, Revision der Steuergesetzgebung, Eisenbahn- und Wegebauten, Generalabbau der Beamten und Ernennung eines dem Präsidenten beizugebenden Staatsrates. Außenminister Mello Franco ist in seinem Amt bestätigt worden; die Justiz erhält Aranha, General Castro wird Kriegsminister und Whitaker Finanzminister. Das Regierungsprogramm ist so reaktionär, wie es nur von einer Militärdiktatur erwartet werden kann. Die Arbeitslosen gehen völlig leer aus und auch die Arbeiterschaft findet kein Wort der Erwähnung. Das gesamte Programm ist lediglich auf den Vorteil der besitzenden Klasse und der gegenwärtigen Machthaber zugeschnitten.

Auch die Schweiz im Dalles.

Zürich, 4. Nov. (Eig. Drahtb.) Der schweizerische Etat für 1931, den der Bundesrat soeben dem Parlament zugehen ließ, zeigt die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise in der Schweiz. Zum erstenmal seit 1928 wird der Etat für 1931 wieder ein Defizit aufweisen, nämlich von 7 700 000 Franken. Die Ursache ist in erster Linie die Steigerung der Ausgaben, die zum Teil, aber auch nur zum Teil auf Maßnahmen zur Bekämpfung der Krisenfolgen zurückzuführen ist. Umso erstaunlicher ist es, daß der Bundesrat sich bemüßigt glaubt, in einer solchen Zeit seine Rüstungspolitik gesteigert fortzusetzen. Gegen dieses Bestreben werden die Sozialdemokraten am 16. Nov. in Bern in einer großen Kundgebung demonstrieren.

Die türkische Delegation der Genfer Abrüstungskonferenz verfließ unter Führung des türkischen Außenministers am Dienstag abend Angora, um sich nach Genf zu begeben.

Kammer-Eröffnung in Frankreich

Paris, 4. November. (Eig. Drahtb.) Die Eröffnung der Herbsttagung des französischen Parlamentes erfolgte unter dem Zeichen tiefer Mißstimmung. Die Sitzung begann sofort mit einer kleinen Demonstration: Der Einzug der Regierung vollzog sich unbemerkt ohne den üblichen Beifall. Briand, der nach langen Wochen der Krankheit zum erstenmal wieder in der Oeffentlichkeit erschienen war, ist sichtlich gealtert, bleich und müde. Lebhafter Beifall auf der ganzen Linken dagegen begrüßte den neugewählten kriegsblinden Abgeordneten Thiebault, der seinen Wahlkampf mit der Parole geführt hatte: „Wer für Tardieu stimmt, stimmt für den Krieg."

Der radikale Abg. Francois Albert erhielt als erster Redner das Wort. Mit beißendem Spott überschüttete er die Rechte, die zwar immer die Politik Briands mitgemacht, die Locarno-Verträge und den Young-Plan genehmigt und selbst die Rheinland-Räumung hingenommen habe, gleichzeitig aber ganz Frankreich mit ihren patriotischen Klagen erfüllt habe. Diese Zwiespältigkeit und Doppelzüngigkeit sei auch in der Haltung des Ministerpräsidenten Tardieu zu bemerken, der sich in seinen offiziellen Reden mit Briand solidarisch erkläre, ihn aber in der ihm treu ergebenen Presse aufs schamloseste angreifen lasse.

Die Fortsetzung der Debatte wurde dann auf den nächsten Donnerstag vertagt.

Was kostet die Schulzeit-Verlängerung?

Die Kosten für die von der englischen Arbeiterregierung beabsichtigte Erhöhung des schulpflichtigen Alters von 14 auf 15 Jahre werden, einschließlich der Unterstützungssätze für die minderbemittelten Eltern, für das Jahr 1932-33 auf 3¾ Millionen Pfund Sterling veranschlagt. Da die Zahl der unter das Gesetz fallenden Kinder wächst, steigen die Kosten. Für das Jahr 1934-35 werden sie auf rund 5,3 Millionen Pfund geschätzt.

Putschist Pabst darf wieder nach Oesterreich. Amtlich wird mitgeteilt, daß der Innenminister, Fürst Starhemberg, die Ausweisung des Majors Pabst aufgehoben habe, zumal die gegen Pabst erstattete Strafanzeige vom Staatsanwalt zurückgelegt worden sei.

Die Schülerunruhen in Kairo dauern fort. Am Dienstag gab es neue Zusammenstöße zwischen Polizei und Demonstranten. Mehrere Schüler sind ihren Verletzungen erlegen. Unter den Verwundeten befinden sich Beamte und englische Offiziere. Der Sohn des Ministerpräsidenten Sedky wurde von Mitschülern in der Handelsakademie mißhandelt. Bahn- und Telephonverbindung mit Oberägypten ist unterbrochen.

Aus aller Welt.

Der Absturz des England—Indien-Flugzeugs.

Der Schauplatz des Unglücks bei Neuchatel,

unweit vom Kanal, wo das englische Indien-Postflugzeug, infolge des großen Sturmes abstürzte. Drei Tote und drei Schwerverletzte waren zu beklagen.

Um Hilde Frenzels Kaffee und Kuchen.

Die Dienstagsitzung im Potsdamer Frenzel-Prozeß war im wesentlichen durch die Gegenüberstellung von Hilde Frenzel mit dem Potsdamer ersten Staatsanwalt Fuhrmann ausgefüllt. Im ersten Frenzel-Prozeß hatte sich Hilde Frenzel über die subjektive Vernehmungsmethode des Staatsanwalts beschwert. Teils habe sie der erste Staatsanwalt bei der Protokollierung angeschrien, teils auch wiederum durch Kaffee- und Kuchenangebote umschmeichelt. Staatsanwalt Dr. Fuhrmann behauptet vor Gericht, sich korrekt verhalten zu haben. Hilde habe ihm gesagt: „Der Vater hat nichts Strafbares begangen, aber er hat uns Mädchen in die Oberschenkel gekniffen und das hielt ich als Staatsanwalt für strafbar. Ich fragte daher Hilde noch weiter aus." Verteidiger Rechtsanwalt Blumenhain: „Hilde hatte doch gegen die Fassung der Protokolle verschiedentlich Protest erhoben." Darauf verwahrt sich Staatsanwalt Fuhrmann ganz entschieden dagegen, daß er falsch protokolliert habe. Hilde selbst stellte in der Dienstagsitzung die Vernehmung durch Dr. Fuhrmann mit folgenden Worten dar: „Sie haben doch zu mir gesagt, Herr Staatsanwalt: ‚Wollen Sie nicht eine kleine Erfrischung, ein bißchen Kaffee und Kuchen zu sich nehmen!' Sie sagten doch auch: ‚Sie sitzen immer so verstockt da; da weiß man ja gleich, was mit Ihnen los ist. Sie sagen ja die Unwahrheit. Sagen Sie doch alles von Ihrem Vater, was er Ihnen Schlechtes getan hat!'" Staatsanwalt Fuhrmann meint jedenfalls, daß er nur die Anregung habe geben wollen, daß Hilde Frenzel, die sehr erschöpft gewesen sein soll, in einer Konditorei eine kleine Erfrischung zu sich nehmen. Das Gericht hält die weitere Aufklärung der Angelegenheit für unerheblich und vertagt sich auf Donnerstag.

Voraussichtlich Mittwoch vormittag Start des „Do X". Das Großflugboot „Do X" wird, falls die Wetterlage sich nicht verschlechtert, voraussichtlich am Mittwoch vormittag nach Amsterdam starten.

Das Ende einer unglücklichen Ehe. In Waldbrunn in Unterfranken hat der 60jährige Landwirt Endres seine Ehefrau, mit der er seit längerer Zeit in Unfrieden lebte, durch einen Schuß in den Kopf getötet, die Leiche in den Stall geschleppt und sich dann selbst erschossen.

Wilhelm stiftet 20 M. für Alsdorf.

Wie bekannt und von der Generalverwaltung des kaiserlichen Hauses in Berlin bestätigt wird, wurden aus Doorn 20 Mark nach Alsdorf übersandt und zwar mit der ausdrücklichen Bestimmung, daß für das Geld ein Kranz gekauft werden solle, der am Grabe eines dortigen Patenkindes des Exkaisers niedergelegt werden solle. An den Bürgermeister von Alsdorf selbst hat Wilhelm, der zumindest dreihundertfache Millionär, ein Beileidsschreiben geschickt. Wie wir hören, soll der Kranz nur 18 Mark gekostet haben. Gerüchten zufolge soll nunmehr von Doorn aus ein Schreiben nach Alsdorf unterwegs sein, in dem in großzügiger Weise verfügt wird, daß die restlichen 2 Mark an den Hilfsfonds der Opfer von Alsdorf zu überweisen sind.

Schwere Hochwasserschäden an der Saar. Die Mosel ist im Laufe des Dienstag weiter gestiegen. Die Moselstabahn hat auf der Strecke zwischen Zettingen und Bernkastel ihren Betrieb eingestellt. Auch von der Saar werden schwere Hochwasserschäden gemeldet. In Saarburg steht durch die Ueberschwemmung des Leukbaches der Markt seit Dienstag morgen unter Wasser. In den anliegenden Häusern mußten die Keller geräumt werden.

Eine Ratte stört die Stromversorgung. Die Stadt Bochott (Westfalen) wurde am Dienstag abend durch ein eigenartiges Vorkommnis in halbstündiges Dunkel gehüllt. Die Untersuchung ergab, daß sich eine Ratte in die Transformatorenstation der Flenderwerke eingeschlichen hatte. Das Tier hatte sich an ein Relais des 10 000 Volt-Oelschalters herangemacht und eine Ueberbelastung der mit Oel gefüllten Kästen der Stromwandler herbeigeführt, die infolgedessen platzten. Das hochgradig erhitzte Oel verbrannte unter explosivartigen Erscheinungen. Der dadurch in dem geschlossenen Transformatorenraum entstandene Luftüberdruck bewirkte, daß eine Wand herausgedrückt wurde. Die Flenderwerke müssen für zwei Tage stillgelegt werden.

Urteil im Phosgen-Prozeß. Nach insgesamt 2½ jähriger Dauer beendete die achte Zivilkammer des Hamburger Landgerichts den sogenannten großen Phosgen-Prozeß, in dem geklärt werden sollte, ob der Hamburger Staat für die bei der Giftgaskatastrophe am 20. Mai 1928 an Gesundheit und Erwerbsfähigkeit geschädigten Kläger verantwortlich zu machen sei. Die Zivilkammer 8 des Landgerichts Hamburg bejahte diese Frage in sämtlichen 22 direkten und 19 indirekten Fällen, und der Staat wurde entsprechend zu Schadenersatzzahlung verurteilt. Durch das Urteil kommt zum Ausdruck, daß der Hamburgische Staat seine Aufsichtspflicht verletzt hat.

Raubüberfall in Dresden. Am Montag abend kurz vor acht Uhr drangen drei junge Burschen, deren Gesichter durch Masken vermummt waren, in das in der Hohestraße gelegene Büro der „A.-G. für Grundbesitz und Landwirtschaft" ein, wo Dr. Thieß, der Vertreter der Gesellschaft, mit einem Buchhalter anwesend war. Dr. Thieß und der Buchhalter wurden von zweien der Eindringlinge mit Schußwaffen bedroht, der dritte plünderte inzwischen das Büro. Den Räubern fielen mehr als 5000 Mark in die Hände. Sie verschlossen das Zimmer von außen und entkamen in einem bereitstehenden Auto.

Mascagni arbeitet an einer neuen Oper. In einem Interview erklärte der berühmte italienische Komponist, der Schöpfer der „Cavalleria Rusticana", Pietro Mascagni, daß er an einer neuen Oper arbeite. Im Jahre 1921 habe er versprochen, daß er erst nach zehnjähriger Pause wieder eine Oper schreiben werde. Da nun die Zeit gekommen sei, wolle er seinem Versprechen treu bleiben.

Amerikanische Verbrecherstatistik. Das Untersuchungsbüro des Bundes-Justiz-Departements gab die Verbrecherstatistik der ersten neun Monate des Jahres 1930 bekannt, die auf den Zahlen von 58 größeren amerikanischen Städten basiert und ein beträchtliches Anwachsen der Verbrecherrate aufzeigen. Die tägliche Mordrate ist von 3 auf 5 gestiegen. Chicago führt mit 282 Morden, Philadelphia folgt mit 109, Detroit mit 104. Die übrigen Verbrechen zeigen ein ähnliches Hochschwellen, wobei Detroit und Los Angeles führen.

Letzte Nachrichten

(Eigene Funk- und Drahtberichte).

Die Wahlen in Amerika.

Großer Wahlerfolg der Demokraten.

Newyork, 5. November. (EF.) Im Staate Newyork errangen die Demokraten einen überwältigenden Wahlsieg. Gouverneur Roosevelt wurde mit einer Mehrheit von 620 000 Stimmen über den republikanischen Kandidaten Luttle wiedergewählt. Sämtliche demokratischen Wahllisten im Staate Newyork sind siegreich. Der demokratische Sieg übertrifft die kühnsten Erwartungen und wird von den republikanischen Gegnern als eine Sturmflut bezeichnet. Die Wahlbeteiligung verlief trotz des den ganzen Tages anhaltenden strömenden Regens lebhaft und geordnet. Die Republikanische Partei war durch die Prohibitionsfragen und die Aufstellung „trockener" und „nasser" Kandidaten gespalten. Roosevelt war selbst in den absolut sicheren republikanischen Wahldistrikten siegreich.

Die Gesamtergebnisse für das Abgeordnetenhaus und den Senat im Staate Newyork stehen noch aus, jedoch ist der Sieg der Demokraten und die eventl. Eroberung der Parlamentsmehrheit kaum zweifelhaft. Aehnliche Erfolge der Demokraten sind im ganzen Lande zu verzeichnen. Die absolute demokratische Mehrheit im Bundesparlament erscheint nach den Erklärungen des demokratischen Parteivorsitzenden gesichert.

Die Senatswahlen zeigen eine ähnliche Richtung, wobei die Republikaner nur mit Mühe der zuverlässigsten Wahldistrikte halten. Der Exbotschafter Morrow wurde mit beträchtlicher Mehrheit zum republikanischen Bundessenator für New-Jersey gewählt.

Tarifkündigung in der rheinischen Textilindustrie.

Köln, 5. November. (Eig. Funkm.). Der Arbeitgeberverband für die oberbergische Textilindustrie hat den Lohntarif und das Arbeitszeitabkommen für die Textilindustrie im oberbergischen Bezirk zum Jahresende gekündigt. Das Ziel der Unternehmer dürfte eine Herabsetzung der ohnehin erbärmlichen Löhne sein.

Das Hochwasser der Oder steigt noch.

Neusalz an der Oder, 5. November. (Eig. Funkm.). Die Hochwassergefahr ist am Dienstag erschreckend angewachsen. Der Wasserstand betrug vormittags 10 Uhr 5,21 Meter. Die Dämme bei Kusser und Modritz sind teilweise eingesunken. Die Oderbrücke ist mit schweren Steinen beschwert worden, damit sie nicht weggerissen wird. Das Wasser reicht bis an die Brücke heran. Aus Aufhalt wurde größter Alarm gemeldet.

Das tägliche Flugzeugunglück.

London, 5. November. (Eig. Funkm.). Zwei Militärflugzeuge stürzten am Dienstag in Kent und Essex ab. Die beiden Piloten und ein Mitfahrer wurden getötet. Ein anderer Mitfahrer konnte abspringen, wurde jedoch schwer verletzt. Beide Apparate gingen vollkommen in Trümmer.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919301105-18/fragment/page=0003

Für die zahlreichen Aufmerksamkeiten anläßlich unserer silbernen Hochzeit sagen wir allen unseren herzlichsten Dank

Schuhmacher Franz Baese und Frau
Südstr. 6

Für die Glückwünsche und Aufmerksamkeiten anläßlich unserer **goldenen Hochzeit**
danken herzlich
Ludwig Ruhe
und Frau.

Deutscher Lederarbeiter-Verband
Ortsverein Halberstadt

Am Dienstag, den 4. November 1930 verstarb plötzlich unser langjähriges Mitglied, der Kollege

Benno Hubert

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der Vorstand.

Die Beerdigung findet Freitag, nachmittags 2 Uhr, statt. Beteiligung der Kollegen erwünscht.

Gemäß § 59 des K.A.G. vom 14. Juli 1893 in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. August 1921 setze ich nach Anhörung des Herrn Reichsfinanzministers mit Zustimmung des Bezirksausschusses das Verhältnis der Zuschläge in der Stadt Halberstadt zu den einzelnen Realsteuern für das Rechnungsjahr 1930 wie folgt fest:

a) 325 v. H. Zuschläge zur staatlichen Grundvermögenssteuer, von dem bebauten und unbebauten Grundbesitz,
b) 650 v. H. von den staatlich veranlagten Gewerbesteuergrundbeträgen nach dem Ertrage,
c) 1650 v. H. von den staatlich veranlagten Gewerbesteuergrundbeträgen nach dem Gewerbekapital,
d) 20 v. H. über die Hundertsätze von den Gewerbesteuergrundbeträgen hinaus für Versicherungs-, Bank-, Kredit- und Warenhandelsunternehmen, die im Stadtbezirke, ohne in ihm ihren Hauptsitz zu haben, Betriebsstätten unterhalten (Zweigstellensteuer).

I. 4. Wa. 6067.

Magdeburg, den 22. Oktober 1930.

(Siegel) **Der Regierungspräsident.** Weber.

Vorstehender Festsetzungsbeschluß wird mit dem Bemerken veröffentlicht, daß der Herr Oberpräsident am 28. Oktober d. Js. zugestimmt hat: Die festgesetzten Gemeindezuschläge gelten rückwirkend vom 1. April 1930 ab.

Die aus der Erhöhung des **Grundvermögenssteuerzuschlages von 200 v. H. auf 325 v. H. bereits** fällig gewordenen Beträge für April bis November 1930 sind bei der nächsten Zahlung am 15. November d. Js. an die Städtische Steuerkasse mit abzuführen. **Besondere Zahlungsaufforderungen ergehen nicht.** Bei den Grundstücken auf welche die Vorschriften über die gesetzliche Miete Anwendung finden, ist der Vermieter berechtigt, den Mehrzuschlag von 125 v. H. nach dem Verhältnis der Friedensmieten auf die selbständigen Wohnungen oder die selbständigen Räume anderer Art umzulegen. Zur Erleichterung der Umlage wird bemerkt, daß der Mehrzuschlag von 125 v. H. etwa einem Betrage von 5 v. H. der Friedensmiete entspricht.

Für die Zahlung der nach den erhöhten Zuschlägen fälligen **Gewerbeertragssteuer** für 1930 ergeht in nächster Zeit ein besonderer Heranziehungsbescheid.

Bei der **Gewerbekapitalsteuer** sind bis zum Empfang des erst später zu erwartenden Heranziehungsbescheides für 1930 zu den festgesetzten Zahlungsterminen noch Vorauszahlungen in der bisherigen Höhe zu leisten.

Der Magistrat.

Polizei-Verordnung
über den Handel mit Brot nach festem Gewicht.

Auf Grund der §§ 73 und 74 der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich in Verbindung mit Artikel III des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Vermahlung von Inlandweizen vom 24. Juli 1930 (RGBl. I, S. 355), sowie auf Grund der §§ 6 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (GS. S. 265) und des § 62 der Kreisordnung vom 13. Dezember 1872 in der Fassung vom 19. März 1881 (Ges. S. S. 180) und der Verordnung über Vermögensstrafen und Bußen vom 6. Februar 1924 (R.-Ges.-Bl. S. 44) wird mit Zustimmung des Amtsausschuß für den Polizeibezirk Amt Athenstedt folgendes verordnet:

§ 1.

1. Wer Brot der im § 1 des Brotgesetzes vom 17. Juli 1930 (RGBl. I, S. 299) genannten Arten gewerbsmäßig anbietet, feilhält, verkauft oder sonst in den Verkehr bringt, hat in seiner Verkaufsstelle einen Anschlag anzubringen, auf welchem in deutlich sicht- und lesbarer Weise der nach einem ganzen Vielfachen von 250 Gramm berechnete Preis des zum Verkauf gelangenden Brotes angegeben ist.
2. Der Anschlag ist so anzubringen, daß er von der Stelle aus, an welcher der Verkauf des Brotes stattfindet, ohne Schwierigkeiten zu lesen ist.
3. Der Anschlag muß vor der Aushängung und bei jeder Brotpreisänderung der Polizeibehörde zur Abstempelung vorgelegt werden, die kostenfrei erfolgt.

§ 2.

Das Gewicht des Brotes muß ein ganzes Vielfaches von 250 Gramm sein.

§ 3.

1. Der Verkauf des Brotes im Sinne des § 1, Abs. 1 hat, soweit nicht vom Käufer ausdrücklich etwas anderes verlangt wird, nur nach einem ganzen Vielfachen von 250 Gramm zu erfolgen.
2. Auf jedem zum Verkauf bestimmten Brote ist dessen Sollgewicht, sowie der Tag der Herstellung in geeigneter Weise deutlich anzugeben.

§ 4.

1. An jeder Verkaufsstelle für Brot im Sinne des § 1, Abs. 1 muß eine den Vorschriften der Maß- und Gewichtsordnung entsprechende Waage mit den nötigen Gewichten vorhanden sein.
2. Die Benutzung dieser Waage und Gewichte ist jedem Käufer zum Nachwiegen des gekauften Brotes zu gestatten.

§ 5.

Die Vorschriften dieser Verordnung gelten nicht für Brot bis zu 250 Gramm

§ 6.

Zuwiderhandlungen gegen die §§ 1—4, sowie der Verkauf von frischem Brot der im § 1 des Brotgesetzes vom 17. Juli 1930 (RGBl. I, S. 299) genannten Arten mit einem geringeren als dem auf dem Brote angegebenen Gewichte werden mit Geldstrafe bis zu 150 RM. bestraft.

§ 7.

Diese Verordnung tritt am Tage der Bekanntmachung in Kraft.

Aspenstedt, den 5. Oktober 1930.

Der Amtsvorsteher.
Behrens.

Nie wiederkehrende Preise
für
Hüfthalter :: Corselettes
Corsets :: Büstenhalter
im
Total-Ausverkauf
Korsetthaus Bendix
Breiteweg 63

Der Kampf der Angestellten um ihre Lebensrechte!

Dieses aktuelle Thema behandelt der Kollege HAUSSHERR-BERLIN in einer öffentlichen

Angestellten-Kundgebung

am Donnerstag, den 6. November 1930, 20 Uhr im Saale des Restaurants „Vaterland"

Alle Angestellten müssen sich im eigenen Interesse um ihre Existenzfragen bekümmern. Deshalb darf keiner die Kundgebung versäumen.

Allgemeiner freier Angestellen-Bund (AfA-Bund)
Ortskartell Halberstadt.

Der Schlußtag
der großen Pilo-Preis-Frage.
Jetzt können Sie noch daran teilnehmen. Es ist aber höchste Zeit.
Prospekte mit Teilnahme-Schein erhalten Sie bei Ihrem Kaufmann oder von den Pilowerken Mannheim.
Das Ergebnis der großen Pilo-Preisfrage wird Mitte Januar an dieser Stelle bekanntgegeben. — Die Preise gelangen noch vor Weihnachten zum Versand.
20,000 MARK PREISE

Geschäfts-Eröffnung
Am Donnerstag eröffne ich **Gröperstr. 36 ein**
Fisch-Lebensmittel-Geschäft
Es soll mein eifrigstes Bestreben sein, die werte Kundschaft nur mit frischer, guter Ware zu bedienen. Indem ich hoffe, allseitig gütigst unterstützt zu werden, zeichne ich hochachtungsvoll **Frieda Schätze.**

Morgen Donnerstag
frisch geschlachtet!
Ab 10 Uhr: **Stichfleisch mit Brühe.**
B. Hörhold, Hausschlachterei, Kattowitzerstr. 18
Fernruf 2105

Dreifachen Vorteil
haben Sie, wenn Sie Ihren Bedarf in
Obstbäumen
Beerenobst, Rosen, Ziersträuchern, Coniferen usw.
aus meiner Baumschule beziehen.
Sie sparen
Versand- und Verpackungskosten
Sie haben Gewähr
daß Sie ein den hiesigen Verhältnissen angepaßtes Pflanzenmaterial erhalten
Sie haben Gelegenheit
sich Ihren Bedarf aus meinen reichen Beständen selbst auszusuchen.
Wenn Ihnen Ihr Garten Freude bereiten soll,
dann werfen Sie Ihr Geld nicht für minderwertige oder überständige Ware fort, nur weil sie billig ist. Nur eine junge, gesunde, wüchsige Ware verbürgt sicheres Anwachsen, gute Erträge und wird immer eine Zierde Ihres Gartens sein.
C. Mehler
Samenkulturen u. Baumschulen, Halberstadt
Preisliste gern zu Diensten. Telefon 2250.

36./262. Preuß. Süddeutsche Klassen-Lotterie.
Die amtliche Gewinnliste zu 10 Pfennig ist eingetroffen. Die Lose zur 2. Klasse müssen **bis 14. November** erneuert werden.
Gewinnlose, Ersatzlose, Erneuerungslose können abgeholt werden!
Beteiligung neuer Spieler ist noch möglich, da noch einige Kauflose zu haben sind.
Die staatlichen Lotterie-Einnehmer
Junkermann, Ritterstr. 13. Strobach, Kühlingerstr. 3.

Fahrräder für Herren u. Damen, gebraucht, zu verkaufen.
Weingarten 30.

Sofa
reparaturbedürftig, zu kaufen gesucht. Ang. unter J. 652 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Billig
Täglich früh von 9 Uhr ab frische Seefische
Grüne Heringe
Pfund 25 und 28 Pfennig.
Aale
wie bekannt spottbillig!
Räucher-Delikatessen in unerreichter Auswahl
Marinaden
1 Pfd. Dose nur 55 Pfennig
Fisch-Börse
Martiniplan 8.

Restaurant zur Weltkugel
Westendorf 9 Inh. Albert Schröder
Morgen Donnerstag und Freitag
Großes Schlachtefest
Ab 9 Uhr alles fertig.
Es ladet freundlichst ein **Albert Schröder u. Frau**

Turn- und Sport-Verein „Freiheit"
Halberstadt-Wehrstedt.
Am Sonnabend, den 8. November 1930, ab 20 Uhr, im großen Saale des „Stadtpark"
37. Stiftungs-Fest
verbunden mit Jubilar-Ehrung.
Während der Tanzpausen sportliche und gesangliche Darbietungen, unter Mitwirkung von Mitgliedern des Gesangvereins Sängerbund.
Vergnügte Stunden versprechend, laden wir unsere Mitglieder, sowie Freunde des Vereins nebst werten Angehörigen ergebenst ein
Der Vorstand.

Noch ist es Zeit, Ihr Eigentum gegen Rost und Fäulnis durch Anstrich zu schützen
Oele, Lacke, Farben
und alle Bedarfsartikel
für Lackierungen und Anstriche
fachmännisch ausprobiert und von anerkannter Güte, kaufen Sie am besten und preiswert bei der
Rohstoff-Genossenschaft der Maler
Blücherstr. 19. Geschäftszeit von 8—12 u. 2—5 Uhr. Fernr. 1611
Schablonen, Bohnerwachs, Salmiakgeist
Rostschutzfarben, Isoliermittel geg. feuchte Wände

Bayer. Blockmalzzucker
ist ein vorzügliches Mittel
geg. Husten u. Heiserkeit
zu haben bei
Carl Baudorff Nchf.
Drogerie, Hoheweg 6.

Präpar. Viehlebertran
Vieh-Lebertran-Emulsion
Rats-Apotheke.

Puppen-Klinik
Rudolf Schäpke
Lichtengraben 1

Schäfer-Martin-Salbe
geg. Hautschäden u. offene Beine. **Ratsapotheke.**

Feiner alter
Wermut-Wein
Marke Ambarino
magenstärkend und appetitanregend, von reiner Traubensüße und im Wohlgeschmack unübertroffen.
Der Preis Mk. 1.35
die 3/4-Liter-Flasche mit Glas.
Weinhandlung H. A. Lessmann
Westendorf 46 **Halberstadt** Fernruf 1867

Bücher sind Freunde!
Zu haben Volksbuchhandlung Halberstädter Tageblatt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919301105-18/fragment/page=0004
DFG

1. Beilage zur Harzer Volksstimme

Nr. 260 — Mittwoch, den 5. November 1930 — 5. Jahrgang

WERNIGERODE

Gedenktage.

5. November.

1494 *Volksdichter Hans Sachs. — 1605 Londoner Pulververschwörung. — 1848 Fackelzug für Johann Jacoby. — 1879 †Physf. James Clerk Maxwell. — 1918 Politische Generalstreiks. Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten. — 1921 Kabinett Braun in Preußen. —

Ortsausschuß der Gewerkschaften.

Die Beschwerden des Musikerverbandes beschäftigten am Montag abend den Ortsausschuß der Gewerkschaften. Man kam zu dem Ergebnis, daß der Vorstand versuchen soll, auf dem Wege der Verhandlung die noch schwebenden Fragen zu klären. Allgemein befremdet es, daß die Delegierten des Musikerverbandes es nicht für erforderlich hielten, in der Sitzung zu erscheinen. Der Verlag „Die Knappschaft", so wurde mitgeteilt, bietet das Buch: „Ein Kumpel", eine Geschichte aus dem Bergmannsleben, zum Vorzugspreis für die Gewerkschaften an. Dasselbe kann beim Genossen Steigerwald in der Volksbuchhandlung, Burgstraße 30, bestellt werden und wird zu Weihnachten sicher willkommen sein. Bei Lohnstreitigkeiten genügt es nicht, daß die Gewerkschaftsvorstände den Vorstand des Ortsausschusses hiervon in Kenntnis setzen, sondern sie müssen ihn auch laufend unterrichten, so besonders vom Abschluß von Lohnbewegungen. Da die Gewerkschaftsherberge einer Neuinstandsetzung bedarf, hat die Versammlung den Vorstand zu den notwendigen Ausgaben ermächtigt. Zur Sonnenwend-Jahrfeier in Steckenberg haben die Gewerkschaften, welche Jugendgruppen besitzen, den Gen. Wille, Magdeburg, über die Anzahl der Teilnehmer Bericht zu erstatten. Das Programm der Unterrichtskurse für die Wintermonate wird nächstens bekanntgegeben. Aller Voraussicht nach wird für die Orte Wernigerode, Ilsenburg und Osterwieck ein Kursus in Wernigerode abgehalten. Es wird besonders auf die Verjährungsfristen hingewiesen. Alle diejenigen, die nähere Auskünfte wünschen, wenden sich an die Angestellten der Gewerkschaften. Es wird gebeten, die nötigen Unterlagen mitzubringen.

Dr. Böttcher hatte einer Patientin einen Krankenschein vordatiert und auf demselben nach 4 Wochen die Erwerbsunfähigkeit bescheinigt, obwohl die Patientin in der ganzen Zeit von Wernigerode abwesend war. Diese Pflichtwidrigkeit wurde scharf gegeißelt, besonders da die Aerztekreise nicht oft genug damit die Behauptung aufstellen, daß Kassenmittel nicht sachgemäß verwaltet werden. Der Vorstand wird beauftragt, beim Kassenvorstand vorstellig zu werden, damit die Angelegenheit weiter verfolgt wird.

Auf die am Sonntag abend stattfindende Revolutionsfeier im Gewerkschaftshaus wird besonders hingewiesen mit der Bitte, daß die Gewerkschaftler mit ihren Angehörigen möglichst zahlreich erscheinen. Ab 1. November ist bei der Ortskrankenkasse die Beitragsberechnung nach dem tatsächlichen Verdienst eingeführt, um Unstimmigkeiten der Versicherten beim Bezug von Erwerbslosenunterstützung zu vermeiden. Es ist erforderlich, daß wöchentliche Lohnlisten für die in den Betrieben Beschäftigten bei der Krankenkasse eingereicht werden. Die Betriebsräte haben darauf zu sehen, daß in allen Betrieben das neue System der Beitragsberechnung beachtet wird. Die Gesellenausschüsse aller Innungen werden auf eine Reihe wichtiger Bestimmungen aufmerksam gemacht. Die organisatorischen Maßnahmen werden dem Koll. Albert Wilke übertragen, welcher das Weitere veranlaßt.

Ueber den Berliner Metallarbeiterstreik gab Koll. Kuring einige Streiflichter, welche die Scharfmacheralliiren der Metallindustriellen blitzartig beleuchteten. Aber auch das Verhalten der Kommunisten und ihre Gründung der „Roten Gewerkschafts-Opposition" (RGO), zeigte die Zwiespältigkeit, mit der die „Einheitsfront der Arbeiter" betrieben wird. Im gleichen Fahrwasser bewegte sich die Gründung des „Roten Metallarbeiterverbandes". An der Hand einer Reihe von Beispielen zeigte der Redner, wie außerordentlich groß die Preisspanne zwischen den Gestehungs- und Verkaufspreisen ist. Deshalb muß die Parole lauten: „Nicht Lohnabbau, sondern Preisabbau". In der Aussprache wurden dann noch die verwerflichen Mittel scharf gegeißelt, welche eine Reihe von Blankenburger Arbeitern angewandt hatten. In einer weiteren Sitzung wird sich der Ortsausschuß dann noch mit dem gefällten Schiedsspruch befassen. — Zum Schluß der Sitzung nahm man dann noch den Kassenbericht entgegen, für den dem Kollegen Ackert Entlastung erteilt wurde.

— **Achtung Bauarbeiter!** Am Freitag abend findet eine außerordentlich wichtige Versammlung des Baugewerksbunds hier statt, die Beschlüsse von großer Bedeutung faßt. Es wird darauf aufmerksam gemacht.

— **Jubiläumsfeier des Gesamtverbandes.** Die im Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs zusammengeschlossenen Organisationen begehen am Sonnabend im Gewerkschaftshaus ihr 20jähriges Stiftungsfest. Ebenso begehen die Kleinbahner, welche dieser Organisation mit angehören, ihr 10jähriges Jubiläum. Die Namen der 13 Jubilare sind: Karl Fricke, Hermann Wellhausen, Fritz Strutz, Hermann Pape, Hermann Hartmann, Karl Bock, Paul Adameck, Fritz Gerlach, August Schrader, Wilhelm Nehrkorn, Friedrich Stallmann, Karl Neubauer und August Mayhack. — Von den Gründern der Sektion „Gemeindearbeiter„ sind heute noch Mitglieder der Organisation: Hermann Niehoff, Christian Kähnert, August Jordan, Karl Körber, Karl Fricke, Franz Bräunert, Hermann Becker, Otto Ackert, Karl Werner, Ludwig Rabe, Wilhelm Reinecke, Franz Christian und Johann Niel. Einige dieser Gründer gehören den freien Gewerkschaften noch länger als 20 Jahre an. Das Festprogramm bietet allen Freunden und Gönnern der Organisation einige Stunden der besten Unterhaltung im Kreise der Gleichgesinnten. Deshalb dürfte der Besuch allen zu empfehlen sein.

— **Talsperrenbau.** Gestern und heute tagen in unseren Mauern die Mitglieder der Wasserwirtschaftlichen Kommission mit den Vertretern der Staatsregierung, um sowohl die Bodenbeschaffenheit der zukünftigen Talsperre wie die Möglichkeit der Zuschüsse durch den Staat zu prüfen. Der aufgestellte Finanzierungsplan ist anerkannt worden. Es werden nur wegen der Höhe der staatlichen Zuschüsse weitere Verhandlungen im Landwirtschafts- und Finanzministerium erforderlich sein. Hoffentlich einigt man sich in Berlin auf einer Basis, welche den Bau ermöglicht, damit der außerordentlichen Arbeitslosigkeit am Orte und im Kreise fühlbar entgegengetreten werden kann.

— **Freie Sportvereinigung 1895.** Heute Mittwoch abend findet im „Monopol" die Sprechchorprobe statt. Die zu Donnerstag abend angesetzten Turnstunden fallen aus. Dafür wird am Freitag im Monopol geübt. — Handballabteilung. Die in dieser Woche vorgesehene Sitzung muß wegen anderer Veranstaltungen ausfallen. Die Mannschaftsaufstellungen werden den Handballspielern durch Rundschreiben zugehen.

— **Eine Verschärfung der wirtschaftlichen Krisen.** Am 1. November hat die Krampe A.-G. Papierfabrik ihre Tore geschlossen und sämtliche Arbeiter und Angestellten entlassen, da es nicht möglich gewesen ist, neue Aufträge hereinzubekommen. Von der Entlassung sind an 40 Personen betroffen. Auch die Farbenfabrik von Diek hat die letzten noch beschäftigten neun Arbeiter entlassen, weil keine Beschäftigungsmöglichkeiten mehr vorhanden sind. Da der erste Betrieb (Firma Krampe) schon immer eine Reihe von technischen Mängeln (Lärmerzeugung, Aschenflug usw.) aufwies, ist es sehr fraglich, ob die Firma den Betrieb überhaupt wieder eröffnet. Da die Nationalsozialisten in einer der letzten Stadtverordnetenversammlungen erklären ließen, daß sie weitere Bürgschaftsübernahmen für den „Gemeinnützigen Bauverein" ablehnen würden, wird auch in der Bauarbeiterschaft mit einem sehr starken Zuwachs an Arbeitslosen zu rechnen sein. Weiter haben die Nazis versucht, ihre Haltung damit zu begründen, daß im Bauverein ihrer Ansicht nach etwas nicht in Ordnung sei. Sie haben es aber nicht für nötig gehalten, ihre Vorwürfe in irgendeiner Richtung mit Tatsachen zu belegen. Eins aber haben sie erreicht: sie haben durch ihre aus der Luft gegriffenen Anwürfe die Kreditfähigkeit der Baugenossenschaft stark geschädigt. Das nennt man bei diesen Leuten positive Aufbauarbeit leisten! Der kommende schwere Winter stellt an die Arbeiterschaft sehr starke Anforderungen. Da heißt es, einheitlich und geschlossen hinter den Organisationen zu stehen, um den Ansturm der Reaktion abwehren zu können.

— **Madame Butterfly im Kurtheater.** Wie schon bekannt sein dürfte, bringt die 4. Pflichtvorstellung des Theaterbundes die Puccini-Oper „Madame Butterfly" als großes Operngastspiel des Stadttheaters Halberstadt. Die Preise für Nichtmitglieder sind für diese Vorstellung folgende: Sperrsitz/Balkon 3,25 ℳ, 1. Platz 2,25 ℳ, 2. Platz 1,50 ℳ, Galerie 1 ℳ; für Mitglieder: Sperrsitz/Balkon 2,50 ℳ, 1. Platz 1,75 ℳ, 2. Platz 1,25 ℳ. Der Vorverkauf ist in den bekannten Vorverkaufsstellen Zigarrengeschäft Ramme und Papierhandlung Schaffhäuser.

Aus Halberstadt.

* **Einbruch in ein Zigarrengeschäft.** In der letzten Nacht wurde in eine Zigarren-Großhandlung eingebrochen. Anscheinend gelangten die Diebe mit einem Nachschlüssel in die im Erdgeschoß liegenden Räume. Als Beute ließen sie 30 Mille Zigaretten, einige Hundert Zigarren und 15 bis 20 Mark Geld mitgehen. Bei den Zigaretten handelt es sich um die Marken „Ernst August", „Kurmark", „Regatta", „Greising" und „Sleipner".

* **Geschäftsbetrieb der Immobilienmakler.** Auf Grund des § 38 der Gewerbeordnung sind im Jahre 1907 durch den ehemaligen Minister für Handel und Gewerbe Vorschriften über den Geschäftsbetrieb und die Buchführung derjenigen Personen erlassen worden, die den Kauf oder Tausch von Grundstücken oder die Beschaffung oder Begebung von Hypotheken gewerbsmäßig vermitteln (Immobilienmakler). Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat nunmehr der Handelsminister auf Grund von Anregungen wirtschaftlicher Stellen angeordnet, daß diese Vorschriften auch für die Vermittlung von Wohnungen, Geschäftsräumen oder Zimmern gelten.

* **Einreichung von Vorschlagslisten für die Beisitzer der Arbeitsgerichte und Landesarbeitsgerichte.** In dem Regierungsblatt der Regierung Magdeburg, Stück 44, ist die Aufforderung über die Einreichung der Vorschlagslisten für die Beisitzer der Arbeitsgerichte und Landesarbeitsgerichte bekannt gemacht. Die derzeitige Amtsdauer der Beisitzer endet mit dem 31. Dezember 1930. Gemäß §§ 20, 37 des Gesetzes über die Arbeitsgerichte werden die Beisitzer für die genannten Gerichte, von dem Regierungspräsidenten im Einvernehmen mit dem zuständigen Landgerichtspräsidenten auf die Dauer von drei Jahren berufen. Die vorschlagsberechtigten wirtschaftlichen Vereinigungen und öffentlich-rechtlichen Körperschaften werden aufgefordert, bis zum 1. Dezember 1930 Vorschlagslisten nach dem vorgeschriebenen Muster bei dem Regierungspräsidenten einzureichen. Die einzelnen Gerichtsbezirke und die Zahl der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer sind aus dem Regierungsamtsblatt ersichtlich, das bei jeder Staats-, Gemeinde- und Polizeibehörde eingesehen werden kann.

* **Vom Schlachthof.** Auf dem städtischen Schlachthof wurden im Oktober 1930 folgende Schlachtungen vorgenommen: 455 Stück Großvieh, 388 Stück Kleinvieh, 1450 Schweine, 32 Stück Pferde, zusammen 2326 Stück. Außerdem 35 bakteriologische Fleisch- und 160 Milch-Untersuchungen.

* **Die Halberstädter Bäckerinnung gegen den Beimischungszwang von Kartoffel- und Roggenmehl.** In einer einstimmig angenommenen Entschließung, die den zuständigen Behörden und auch den politischen Parteien übersandt werden soll, wird u. a. Widerspruch dagegen erhoben, daß das Weizenmehl durch Beimischung von Kartoffel- und Roggenmehl verschlechtert und die Landwirtschaft aus dem Brotgesetz herausgenommen wird. Verlangt wird die Herstellung von Vorkehrungen gegen die Einführung von ausländischem Roggen und Roggenmehl. Ferner lehnte die Bäckerinnung die Umwandlung der bisher freien Innung in eine Zwangsinnung ab.

Gesetz, das tötet

Roman von Frank Arnau

Nachdruck verboten.

Erstes Kapitel.

„Was gab es nachhörslich?"

Mende sah den Chef beinahe verwundert an:

„Was soll es gegeben haben, Herr Kommerzienrat, — nichts. Noch zwei Insolvenzen, eine die wirklich wahr ist und eine die ein Gerücht bleiben wird."

Kommerzienrat Dominique schien den etwas scherzhaften Unterton zu überhören: „Waren gar keine Kurse zu hören?"

„Nur nominell. Es ist alles weiter flau. Der Diskontsatz soll noch diese Woche erhöht werden."

„So, so. — Unsere Barabrechnungen, Mende, — dann der Ultimokredit an die Metallhandelsgesellschaft, die Regulierung bei der Liquidationskasse — das alles ist in Ordnung?"

Mende zögerte eine Kleinigkeit, dann sagte er gewichtig:

„In Ordnung ist alles, aber leicht ist es nicht zu schaffen. Ich habe etwas Gulden disponiert —"

Der Kommerzienrat Dominique machte sich fertig. Als Mende eben dies Wort „Gulden" sagte, hatte er ein unangenehmes Gefühl. Holland-Florin, — Holland überhaupt, — peinliche Sachen. Er vergaß dem Getreuen die Hand zu reichen, grüßte nur etwas flüchtig und ging. Es waren nach sieben Uhr abends.

Vor dem Tor des etwas altertümlich anmutenden Hauses in der Französischen Straße stand ein Wagen. Er wollte einsteigen, überlegte es sich aber:

„Fahren Sie nach Hause, Fink, ich gehe zu Fuß. Nehmen Sie mir die Abendblätter mit."

Der Chauffeur salutierte, setzte sich an das Steuer der schweren Limousine und fuhr los.

Kommerzienrat Dominique betrachtete noch einen Augenblick das bescheidene, bewußt alte, Solidität atmende dunkle Firmenschild seiner Privatbank und schritt dann nach der Friedrichstraße zu. Ein plötzlich aufkommender, herbstlich-feuchter Wind blies ihm scharf ins Gesicht. Er zog den Mantel fester zu.

Die abendliche Straße glänzte im vielfarbigen Licht der Firmenreklamen, Leuchtschriften und Schaufenster. Dominique sah all dies mit dem ungewohnten Betrachten des Mannes, der selten Fußgänger spielt; irgendwie schienen diese Dinge recht unwirklich zu sein. Wahrscheinlich steckt überall etwas Undurchsichtiges dahinter, — so dachte er, — und die ganzen Leute da sind Staffage in einem großen Theater. An der Kreuzung mit der Friedrichstraße bog er ab nach den Linden zu, der Strom der Passanten und Wagen wurde dichter, weitab in der Ferne konnte man die Züge an der Station Bahnhof-Friedrichstraße sehen, sie glimmten kurz auf und entschwanden. Lichtsignale blinkten, uneinige Fahrer gerieten aneinander und verloren sich wieder, da andere Fahrzeuge dazwischenkamen; an der Kanzler-Ecke verdichtete sich der Frauenstrom. Es wurde mit Surrogaten gehandelt, die für Illusionen herhalten mußten.

Unter den Linden ließ die Effektbeleuchtung etwas nach. Das naßzitternde Trottoir belebte Unrat von Papier und anderen unbestimmbaren Resten; Laub lag dazwischen. Der Verkehr glitt emsig nach dem Brandenburger Tor. Dominique überfah das Gegenwärtige, eine leise Melancholie rief nach ihm, er entsann sich irgendeines Spazierganges vor Jahren, — mit großer Schnelligkeit rollte sein eigenes Leben über diese fernen und nahen Straßenzüge Berlins ab. Er spürte noch nachklingend die Worte des Prokuristen, — Mende, dachte, ist ein anständiger Mensch, — Ultimo ist auch wieder vorüber, — selbst für eine solide Privatbank immerhin bei den jetzigen Zeiten etwas Sorgenvolles, — ja, die Hollandgulden! — —

Klein hatte er angefangen, er freute sich dessen, gerade jetzt, denn er fühlte, daß er aufgestiegen war, — nur die Holland-Florins bedrückten ihn. Die Bank Dominique bestand seit 1837. Aber sie war die langen Jahrzehnte immer dasselbe geblieben: eine anständige kleine Privatbank. Die Rothschilds waren groß geworden, die Bleichröders, die Schwabachs, die unzähligen mittleren Größen, — das Haus Dominique war, wie es gewesen war, — und blieb auch so. Erst er, der nun letzte Firmenherr, trieb das Geschäft aufwärts. Es war schwer genug, — denn er spekulierte nicht. Er machte nur gesunde, nur ganz fundierte Transaktionen. Es war ein langsames Aufblühen. Und als es endlich sichtbare Früchte trug, zerstörte die Nachkriegszeit und die Inflation das Vermögen. Der etwas über Vierzigjährige, — der Typ des zur Heirat prädestinierten Junggesellen, — war nahe daran, die Waffen zu strecken: die Firma zu liquidieren. Da kam eine ganz zufällige Verbindung zustande. Fräulein Vanderstraaten tauchte auf, die Besitzerin eines bedeutenden Vermögens, — eines Vermögens in — Hollandgulden. Und als Dominique jetzt genauer nachdachte, wie das alles gekommen war, vermochte er sich die Dinge und Begebenheiten gar nicht mehr richtig zu rekonstruieren. Er hatte Lu Vanderstraaten im Ablon kennengelernt, — wieso eigentlich? Es war da eine ältere Dame mit im Spiele, — wer war es? Wie hieß sie? All dies war ganz verweht. Wahrscheinlich der berüchtigte Zufall, — dachte er, und sah über die haselnußgroßen Perlen in der Auslage von Markgraf hinweg. Einen Augenblick dachte er gerade jetzt: ich bin sicher eingefangen worden, der Zufall war ein Arrangement, erst kürzlich stand ein Artikel über diskrete Heiratsvermittlerinnen im Tageblatt . . . Jedenfalls sanierte er seine Firma mit den Hollandgulden, er schuf ein neues, gesundes Fundament. Lu Vanderstraaten hatte ihr Geld ausgezeichnet angelegt. Es warf eine gesunde Rendite ab, und war überdies gesichert.

Es begann langsam zu regnen. Eigentlich mehr zu nieseln, ganz fein und scharf. Eine Droschke nehmen? — — Albert Dominique überlegte; wo sollte er hinfahren? Warum hatte er überhaupt seinen Wagen fortgeschickt? Für einige Sekunden fühlte er es: um nicht zu früh nach Hause zu kommen. Dann wollte er es sich nicht gestehen: er vermies dies Wahre in die unterirdischen Gebiete der Verdrängung. Ueberdies konnte er ja frei wählen, — seine Frau war gar nicht in Berlin. Er dachte daran, etwa zu Horcher zu gehen, — lehnte es sich dann aber ab. Zuhause war es freilich nicht gemütlich, im riesengroßen Speisesaal allein zu sitzen, — aber unter Menschen wollte er jetzt auch nicht. Oder vielleicht gerade doch? — Er winkte eine Droschke heran, wollte etwas ganz anderes sagen, und gab dann an: „Gutzkowstraße" — die Nummer verschwieg er, um nicht direkt vor der Villa zu halten. Dichte Wagenkolonnen eilten nach dem Tiergarten, nach dem Westen. Es war eigentümlich, plötzlich in der unbequemen, schlechtgefederten Droschke die tausendfach gewohnte Strecke zu fahren, — eigenartig, dachte Albert Dominique, viele Menschen fahren sogar Trambahn oder Omnibus, ich muß das auch einmal versuchen.

Er stieg an der Ecke der Gutzkowstraße aus und ging dann dicht an der Bordschwelle nach der Villa. Er schloß langsam auf, — als besorgte er, beobachtet oder ertappt zu werden. Plötzlich hörte er Schritte dicht hinter sich und wandte sich um. Ein freundliches Antlitz war vor ihm. Es schien unwirklich nahe, so aus der Dunkelheit kommend. Dominique zog den Hut:

„Guten Abend, Fräulein Lechner, — Sie kommen wohl eben heim?"

Sie lächelte heiter, und er merkte, daß seine Frage doch eigentlich wenig Sinn hatte. Das junge Mädchen schien ihm in diesem Augenblick weit überlegen zu sein:

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919301105-18/fragment/page=0005

Zigarrengewerbe gegen neue Belastung.

Wir erhalten aus Kreisen des Zigarrengewerbes die folgende Zuschrift:

Am Schlusse der kürzlichen großen Regierungs-Erklärung standen die Worte: „Deutschland muß aber rechtzeitig Anschluß an die Entwicklung der großen Stunde der Weltwirtschaft finden, die durch die Senkung des Preisniveaus gekennzeichnet ist." Wirkt es nicht wie ein schlechter Witz, wenn man sich jetzt dagegen hält, daß die Regierung den Tabakzoll von bisher 80 Mark auf das fünffache, nämlich auf 400 Mark für den Doppelzentner Tabak heraufsetzen will. Eine ohne deutschen Tabak hergestellte Zigarre mit einem Rohtabakverbrauch von 20 Pfund pro 1000 Stück hätte dann allein eine Zollbelastung von 4 Pfg. pro Stück zu tragen. Dazu kommt dann noch die Banderolesteuer, die vom Kleinverkaufspreis berechnet wird und bei einer 15 Pfg.-Zigarre z. B. auch noch 3 Pfg. pro Stück beträgt. Eine solche 15 Pfg.-Zigarre hätte also allein durch Zoll und Banderolesteuer eine steuerliche Belastung von 7 Pfg. pro Stück zu tragen. Das bedeutete aber, daß für den Hersteller, den Angestellten und Arbeiter, für die Rohtabake und die Verpackungskosten zusammen nur etwa ein Drittel des Betrages übrig bliebe, den der Raucher für die Zigarre im Handel bezahlen muß.

Jeder, der sich einigermaßen diese Zahlen überlegt, kann sich ausmalen, daß die Zigarrenindustrie eine solche Vorlage als Wahnwitz empfinden muß. Jedermann weiß, mit welchen Schwierigkeiten die Betriebe schon heute arbeiten. Die Betriebe sind einfach außerstande, die notwendigen neuen Betriebsmittel zu beschaffen. Von den Folgen, die eine solche Vorlage, wenn sie Gesetz würde, in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung hervorrufen müßte und die katastrophale sein müßten, ist dabei ganz geschwiegen. Die Zigarrenindustrie, seit langem schon notleidend und steuerlich über das Erträgliche hinaus bereits mit Sondersteuern belastet, steht vor dem Zusammenbruch. Zahlreiche Existenzen sind bereits auf der Strecke geblieben, unzählige müßten folgen. Jede Mehrbelastung treibt die Entwicklung in der Zigarren-Industrie zur Katastrophe und macht zahlreiche Arbeiter brotlos.

Zum Kapitel Kirchensteuer.

Vom Freidenkerverband wird uns geschrieben:

Die Einziehung der Kirchensteuer aller Konfessionen durch die Finanzämter gestaltet sich mit jedem Jahre mehr zu einer ununterbrochenen Kette von Uebergriffen und materiellen Schädigungen der Dissidenten. Leute, die bereits vor Jahren aus der Kirche ausgetreten sind, bekommen plötzlich wieder Kirchensteuerzettel ins Haus geschickt. Nach dem allgemeinen bürgerlichen Recht kann man jeden unberechtigten Zahlungsanspruch, ohne einen finanziellen Nachteil befürchten zu müssen, in den Papierkorb werfen. Kann der Gläubiger dann auf dem Rechtswege seine angeblichen Forderungen nicht einwandfrei nachweisen, hat er alle Kosten zu tragen. Bei der Einziehung der Kirchensteuern jedoch wird das gerade entgegengesetzte Verfahren eingeschlagen. Der zu Unrecht Veranlagte muß den umständlichen Nachweis führen, daß er aus der Kirche ausgetreten ist, anstatt die Kirche zu verpflichten, nachzuweisen, daß sie einen Rechtsanspruch auf die angeforderte Kirchensteuer besitzt. Aber damit nicht genug. Läßt der Dissident die gesetzliche Einspruchsfrist verstreichen, so wird er unbeschadet seines späteren vollgültigen Nachweises zur Kirchensteuer herangezogen. Von einem Irrtum kann angesichts der großen Menge alljährlich zu Unrecht Veranlagter nicht mehr gesprochen werden.

Hier liegt System in der Methode. Man rechnet mit der Unkenntnis der Veranlagten in Steuerrechtsfragen oder spekuliert auf deren Notlage und Bequemlichkeit. Für einen Arbeiter bedeutet der Gang aufs Finanzamt einen Arbeitsverlust von oft mehreren Stunden, der sich am Zahltage für ihn unangenehm bemerkbar macht. Im Vertrauen auf sein gutes Recht versäumt er den Einspruch und wird später durch den Vollziehungsbeamten belehrt, daß er nicht nur die zu Unrecht geforderten Steuern zahlen muß, sondern auch noch die Beitreibungsgebühren. Aber selbst wenn der Veranlagte den Nachweis erbringt, daß er nicht mehr kirchensteuerpflichtig ist, so schützt ihn dies durchaus nicht vor späteren weiteren Belästigungen. Er kann vielmehr mit ziemlicher Bestimmtheit darauf rechnen, daß er im nächsten Jahre wiederum mit einem Kirchensteuerzettel bedacht wird und das erbärmliche Spiel beginnt von neuem. Dies ist ein ganz unhaltbarer Zustand, der nach Abhilfe schreit. Wenn die kirchlichen Konfessionen als Körperschaften öffentlichen Rechts schon die Befugnis besitzen, ihre Beiträge (Kirchensteuern) durch die staatlichen Organe einzutreiben, dann müßten sie aber auch zu einer geordneten Buchführung veranlaßt oder zur Schadensersatzpflicht herangezogen werden können.

* **Aus den Gerichten.** Die furchtbare Not der Provisionsreisenden kam wieder einmal so recht eindringlich in der Verhandlung gegen den Angeklagten K. aus Halberstadt zur Sprache. Er war als Provisionsreisender bei einer Firma angestellt, hatte aber, trotzdem er täglich treppauf und treppab lief, seine Provisionsauszahlungen sehr spärlich erhalten. Da er dadurch in Not geraten war, ließ er sich verleiten, die ihm anvertrauten Muster im Werte von 70 Mk. zu verkaufen. Dafür muß er, weil er einigemale vorbestraft ist, auf 4 Monate ins Gefängnis. — Wer nicht liebt Wein, Weib, Gesang . . . Dies schöne Lied war dem Angeklagten S. anscheinend in den Sinn gekommen. Er besuchte deshalb ein hiesiges größeres Kaffee, aber nicht, wie andere Leute, von dem Haupteingang, sondern von einem verschwiegenen Nebeneingang aus. Er suchte den Eingang in den Weinkeller, fand ihn auch und wollte sich einige Flaschen edlen Rebensaftes zu Gemüte führen. Aber als er dabei war, so heimlich, still und leise den Eingang zum Paradies zu öffnen, wurde er erwischt und wegen seiner Vorstrafen stand er nun wegen versuchten schweren Diebstahls vor dem Halberstädter Schöffengericht. Nach dem Gesetz mußte er ja eigentlich ins Zuchthaus, aber das Gericht billigte ihm nochmals mildernde Umstände zu und erkannte auf 9 Monate Gefängnis. — Auf Bauernfängerei war der Grundstücksmakler F. aus Aschersleben ausgegangen. Ein Invalide aus Halle suchte ein Hausgrundstück in der Harzgegend zu kaufen. Es wurde ihm auch ein solches in Harzgerode nachgewiesen, das ihm jedoch nicht zusagte. Trotzdem ließ er sich im angetrunkenen Zustande verleiten, einen Kaufvertrag zu unterschreiben. Der Grundstücksmakler P. sicherte ihm nämlich zu, die Sache habe nichts zu bedeuten, der Käufer könne jederzeit von dem Vertrag zurücktreten. Das war natürlich Unsinn. Der in solchen Dingen unerfahrene Käufer ließ sich jedoch zu der Unterschrift verleiten. Später kam der Angeklagte F., der mit dem Grundstücksmakler P. zusammenarbeitete und sagte zu dem Käufer, wenn er eine gewisse Summe zahlen würde, käme er von dem Kaufvertrag frei. Das war selbstverständlich auch wieder Schwindel, aber der unerfahrene Käufer ließ sich auch hier wieder breitschlagen und zahlte 125 Mark. Nun soll der Angeklagte dies Geld ohne Auftrag von seinem Mitarbeiter P. erhoben und für sich behalten haben, weshalb er sich wegen Betrugs vor dem Halberstädter Schöffengericht zu verantworten hatte. Es ließ sich ihm jedoch in dieser Beziehung nichts nachweisen, so daß auf Freispruch erkannt werden mußte.

Das Spiel auf der Straße.

Wollten die Eltern den Kindern und Jugendlichen das Spiel und den Spieltrieb auch nur einzuengen versuchen, so wäre es ein vergebliches Bemühen! Denn sie gehören zu ihren ureigenen Gütern und Rechten, die ihnen niemand schmälern sollte; auch würden sie sonst erfinderisch genug sein, um doch zum Ziele zu gelangen. Denn im Spiel — vor allem im Freien — können sie ihrem lebhaften Bewegungsdrange nachgehen und sich austummeln nach Herzenslust. Freude, Wetteifer, Kampflust und Uebermut werden im Spiel vor allem betont! Es gibt für sie keine Hemmungen und Grenzen, weder örtlich noch zeitlich, recht ausgelassen zu sein und vor allem als Knaben im Spiel mit den Kameraden durch möglichst viel Lärm aufzufallen — zum Unbehagen der lieben Nachbarn! Die Mutter kann die Kinder nicht zu Hause halten, vielmehr auf die Straße hinaus steht ihr Sinn! Da es oft an geeigneten Spielplätzen fehlt, wo sie unbekümmert und ungestört ganz dem Spiele nachgehen können, so ist die Straße eben ein Ersatz und ein Notbehelf. Die Eltern machen sich deshalb Sorge um ihre Kleinen, daß ihnen etwas zugestoßen sein könnte, wenn sie nicht rechtzeitig vom Spiel nach Hause zurückgekehrt sind. Denn auf der Straße sind sie beim Spielen von mannigfachen Gefahren umgeben! Es ist bekannt, daß gerade auf der Straße Kinderunfälle an der Tagesordnung sind! Wenn es auch oft glimpflich abgeht, so kann doch mancher Unfall ernsterer Natur sein. Denn durch den Straßenverkehr und die zahlreichen Fahrzeuge aller Art ist eine stete Unruhe und ein Wechsel des Straßenbildes gegeben. Die Kinder aber treiben trotzdem das Spiel hier oft all zu sorglos; sie achten wenig darauf, daß sie das Spiel ganz gefangen hält und sie die Umgebung gleichsam vergessen vor lauter Spieleifer! So kommt es öfters vor, daß sie direkt in eine Gefahr hineinlaufen, wenn ein Wagen oder ein anderes Gefährt plötzlich und unerwartet in ihrem Gesichtskreis tritt. Sie zeigen selten die nötige Geistesgegenwart und Entschlußkraft, noch schnell im letzten Augenblick der drohenden Gefahr auszuweichen und so ein Unheil zu verhüten. Oder sie wollen noch schnell an einem Gefährt vorbeihuschen! Da es ihnen aber an der richtigen Einschätzung der Schnelligkeit und der damit verbundenen Gefährlichkeit des Fahrzeuges fehlt, ist es oft zu spät! Wenn man sie zu Hause auch ermahnt hat, vorsichtig zu sein und acht zu geben, so haben sie es überhört oder bald vergessen.

Die Fahrer und Führer selbst werden von sich aus meist eine besondere Vorsicht üben und Fußgänger und Erwachsene werden sie oft ermahnt haben, wenn sie Kinder beim Spiel auf der Straße gar zu sorglos haben umherturmmeln sehen. Man muß sie deshalb immer wieder ermahnen, auf die Warnungen und vor allem auf die Warnungssignale zu achten und sich rechtzeitig in Sicherheit zu begeben. Man muß den Führern der Fahrzeuge — sei es nun Straßenbahn, Auto, Motorrad oder andere — ihre verantwortungsvolle Aufgabe dadurch erleichtern, daß man die Kinder anhält, nicht unübersichtliche Plätze und Straßenkreuzungen und Ecken zum Spielplatz zu wählen. Hier ist die „Gefahrzone" am größten und es ist oft beim besten Willen und größter Vorsicht nicht möglich, ein Unheil zu verhüten, wenn die Kinder nicht auch selbst ihr Teil dazu beitragen und guten Willen zeigen. Sonst kann ein kurzer Augenblick der Unachtsamkeit, des Uebermutes oder Leichtsinnes ihnen selbst schwer schaden und den Eltern viel Kummer und Sorge machen. Deshalb muß man sie zum Gehorsam erziehen, daß sie das Spiel auf der Straße einschränken. Den etwas weiteren Weg zum Spielplatz für Kinder zu nehmen, die man überall — nach besten Kräften — einzurichten sucht, sollten die Kinder nicht scheuen. Hier können sie ungestört und unbekümmert ganz ihrem Spiele leben, ohne den Gefahren der Straße zu begegnen! Wenn sie größer sind, sollten sie Turnen, Spiel und Sport mit ihren Kameraden auf den Turn- und Sportplätzen treiben zum Besten ihrer Gesundheit und zur Kräftigung ihres Körpers. So würde manches Herzeleid dem Elternhaus erspart bleiben!

Man sagt: „Wer Milchkathreiner+ trinkt, der ißt!"

– mit Recht, denn Milchkathreiner ist viermal nahrhafter als Fleischbrühe!

So lehrt es jetzt die Ernährungswissenschaft!

+Diese Mischung: halb Milch, halb recht starker Kathreiner wird jetzt von unsern Ärzten viel empfohlen!

Kürze, Sachlichkeit

fordern wir von all denen, die für uns schreiben. Richte dich danach, wenn du uns Neuigkeiten mitteilst, deren Augenzeuge du warst und die von allgem. Interesse sind.

Die Arbeiter-Zeitung muss vorbildlich sein

„Sind Sie so zerstreut, Herr Kommerzienrat? Natürlich komme ich eben heim. — Das Wetter ist ja übrigens sehr häßlich."

Er öffnete, beinahe gedankenlos, das Gittertor:

„Ich fragte nur, weil es so spät ist. Kommen Sie denn immer so spät aus der Kanzlei?"

Er ließ sie vorantreten, sie nickte kurzen Dank, schritt über den Kiesweg und blieb dann unter dem Glasdach der Einfahrt stehen:

„Wir haben seit Wochen Ueberstunden, Herr Kommerzienrat, — Gott sei Dank! Oft bis nach neun."

„Und Sie freuen sich darüber?"

„Es bedeutet Mehrverdienst, also freue ich mich darüber. — Jetzt aber, Herr Kommerzienrat, muß ich zu Muttern — einen recht schönen Abend!"

„Danke, auch für Sie! Man sieht sich eigentlich so selten, obzwar man im selben Haus wohnt — — aber bitte, treten Sie doch voran!"

Das Mädchen sah ihn verwundert an und sagte mit einer beinahe veränderten Stimme:

„Herr Kommerzienrat — das ist der Eingang für Herrschaften. Unser Eingang ist rückwärts."

Albert Dominique sah sie groß an:

„Unsinn, was soll das heißen, rückwärts ist der Eingang für Dienerschaft und Lieferanten, — aber für Sie — —"

„— — ebenfalls. Ihre Frau Gemahlin hat es erst vor wenigen Wochen noch ganz besonders klargestellt. Wir sind Zwangsmieter, Herr Kommerzienrat — und es ist ja auch wirklich nicht angenehm, daß die Zwangsmieter heute noch den Komfort behindern, wo doch die Nachkriegszeit und die Inflation längst vorbei sind — —"

Albert Dominique griff unsicher und doch sanft nach ihrer Hand:

„Fräulein Lechner, Sie werden hier eintreten, jetzt und immer, so will ich es, und ich bin ja der Hausherr. — — Also — bitte!"

Sie überschritt die Schwelle und lächelte, ungläubig, als müßte sie mehr von den kleinen Dingen des Alltags, als man ihr ansehen konnte:

„Ich muß ja jetzt auch nach der rückwärtigen Treppe — nur eben anstatt um das Haus herum, hier den Korridor entlang, denn unsere Mansardenwohnung ist völlig abgeschlossen. — Jedenfalls — vielen Dank, Herr Kommerzienrat, — Sie sind wirklich — sehr —"

Sie schwieg, ein passendes Wort suchend. Sie sprach keines aus. Sie reichte ihm die Hand, kräftig jugendlich, — das Wort war gefunden. Albert Dominique sah ihr nach. Sie ging, leichten Schrittes den Korridor entlang.

Als sich der Kommerzienrat umwandte, sah er an der Innentreppe die Köchin stehen. Sie grüßte übertrieben laut. Er glaubte über dem derben, kantigen Gesicht ein unangenehmes Lächeln zu sehen, — er war peinlich berührt. Seine Frage klang kurz, beinahe scharf:

„Was tun Sie hier? Was machen Sie in der Diele? Wollen Sie etwas von mir?"

Die Köchin wurde unsicher und unterwürfig:

„Icke? Ach nee, Herr Kommerzienrat, wie sollte ich etwas von Herrn Kommerzienrat wollen, — nee, nee, — ick habe nur nach der Sophie jesehen — von wegen Ueberzüge —"

„So, so. Na — —"

„Speisen der Herr Kommerzienrat heute zu Hause?"

„Ja. Und zwar jetzt gleich. Aber etwas Warmes, — des geht doch?"

Die Köchin wischte beide Hände, wiederholt und ohne ersichtlichen Grund, in die Schürze: „Aber jewiß doch, Herr Kommerzienrat, es ist vom Filet da und auch Leber."

Der Kommerzienrat unterbrach sie:

„Gut, gut, keine Einzelheiten, alles wie gewohnt."

Er legte ab und ging nach seinem Arbeitszimmer im ersten Stock. Der Raum war groß, die Möbel monumental. Eine erschreckende Kälte empfing ihn. Als wohnte hier niemand, — dachte er. Etwas Fremdes, Bedrückendes wurde gegenwärtig. Lag es vielleicht an der Beleuchtung, — er drehte alle Lampen an, alle drei Reihenbrenner des großen Kronleuchters. Die Helligkeit ließ die Metallbeschläge eisig hart erglänzen. Albert Dominique empfand den dringenden Wunsch, nach der Stadt zu fahren. Irgendwohin nach der Stadt, — unter Menschen, unter Lebendigkeit. Im Auf- und Abgehen beruhigte er sich bei der Möglichkeit, daß dies alles womöglich von der Kälte selbst käme, — es mußte eben schon geheizt werden. Reichlich. Gründlich. Es war ihm plötzlich, als umfaßten warme Heizkörper alle Tugenden der Welt. Er schellte zweimal, Sophie, das Zimmermädchen kam, — er verlangte nach Merten, dem Gärtner.

Er setzte sich an seinen Schreibtisch, es war einer jener Prunkarbeitstische, an denen nie gearbeitet wird. Störende Photographien in großen Rahmen blickten ihn an. Zu Wanderstraaten in zwei Ausgaben, im Gesellschaftskleid und zu Pferde. Dazwischen erhob sich, von vergoldeter Bronze gekrönt, ein riesenhaftes Tintengerät aus grünem Marmor. Viele und ausnahmslos unnütze Dinge lagen adrett umher. Ein ewiger Kalender, der viele Wochen zurücklag, störte ihn; er wollte das Datum ändern, besann sich aber; eigentlich war es nebensächlich. Ob die Uhr ging? Er sah nach seinem Taschenchronometer, — die Uhr ging nicht. Einen Augenblick dachte er: herrliche Vorstellung, daß die Zeit stillstünde, frei von allen Entscheidungen, ein besseres Jenseits schon im Diesseits. Bevor er weiter philosophieren konnte, trat Merten ein, und Dominique wurde wach.

„Herr Kommerzienrat haben mich befohlen —"

Albert Dominique sah den alten Mann genauer an; er schien stark gebeugt zu sein. War es der Jahre Last, — nur der Jahre Last, — oder ein anderer Grund —, — Dominique streifte nur das Interesse. Er mochte Merten; er war von seiner Ehrlichkeit überzeugt. Merten gehörte mit zum Hause, ein Faktotum von einst; er bewohnte im Pförtnerhaus, hinter der Villa, zwei Zimmer; seine Tochter leitete ihm die kleine Wirtschaft.

„Merten" — sagte der Kommerzienrat betont jovial — „Ihre Aufgabe ist die Gartenpflege — und ie Wartung der Heizung. Finden Sie nun nicht etwa, daß es eigentlich recht kühl ist?"

Der Alte überlegte. Dann meinte er besonnen:

„Kühl ist es ja eigentlich nicht, aber für Oktober ist es ja nun allerdings doch etwas kühl. Mir ist's sonst nicht kühl —"

„Aber mir, Merten, und das entscheidet. Wir machen Herbst und Winter nicht nach dem Kalender, sondern mit Verstand. Also — stellen Sie die Heizung an. Volldampf!"

Merten machte einen Diener.

(Fortsetzung folgt.)

Bei der Beseitigung einer „Leiche" in der gestrigen Besprechung der „Odysseus"-Aufführung hatte wieder der Feind der Buchdrucker seine mißgestaltende Hand im Spiele. Durch den Wegfall einer Zeile wurde nur der Schluß eines Satzes im letzten Absatz gebracht. Diese wenigen Worte deuten zwar den Sinn des Satzes an, so daß jeder Leser weiß, um was es sich handelt. Aber schließlich ist ja eine Zeitung keine Angelegenheit zum Rätselraten. — Die Sätze im letzten Absatz müssen also heißen: „Daraus möge der Sängerbund bei seiner künftigen Arbeit den richtigen Schluß ziehen. Er möge seine starken Kräfte an Werten beweisen, die uns und der Arbeiterbewegung näher liegen; daneben gibt es noch soviel schöne klassische und moderne Musik, der unser großer Halberstädter Arbeitergesangverein gerecht werden kann."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919301105-18/fragment/page=0006

Notverordnung und Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Im deutschen Reichstag ist am 18. Februar 1927 das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten angenommen worden, dessen Zweck es ist, die Geschlechtskrankheiten nach Möglichkeit zu verhindern. § 2 Abs. 1 des Gesetzes lautet: „Wer an einer mit Ansteckungsgefahr verbundenen Geschlechtskrankheit leidet und dies weiß, oder den Umständen nach annehmen muß, hat die Pflicht, sich von einem für das deutsche Reich approbierten Arzt behandeln zu lassen ....." Die Notverordnung der deutschen Reichsregierung vom 26. Juli 1930 bestimmt, daß jedes Krankenkassenmitglied, das für ärztliche Behandlung einen Krankenschein verlangt, 50 Pfennig an die Krankenkasse zahlen muß und daß jedes Rezept, das in der Apotheke angefertigt wird, dort 50 Pfennig kostet. Vergleicht man die gesetzliche Bestimmung und die Notverordnung miteinander, so sieht ein jeder, daß die Tendenz und die Wirkung beider in diametralem Gegensatz zu einander stehen. In dem Gegensatz verlangt der Staat sofortige energische sachverständige Behandlung des Geschlechtskranken und hält ihn durch verschiedene Mittel, auf die hier einzugehen zu weit führen würde, solange unter staatlicher Aufsicht, bis der Arzt mit gutem Gewissen ihn für geheilt und dadurch ungefährlich für seine Mitbürger erklären kann, bekanntlich eine der schwierigsten Aufgaben, vor die sich der Arzt gestellt sieht und zu deren Durchführung eine Menge Zeit und Arbeit gehört. In der Notverordnung wird Millionen von Deutschen, nämlich allen Krankenkassenmitgliedern und deren Familienangehörigen, ca. zwei Drittel aller Bewohner Deutschlands, das Aufsuchen des Arztes und die Durchführung der ärztlichen Behandlung sehr erschwert. Eine Eigentümlichkeit der Geschlechtskrankheiten ist es, daß in einer sehr großen Anzahl von Fällen die Krankheit mit so leichten, unbedeutenden Erscheinungen beginnt, daß der von ihr Betroffene im Zweifel ist, ob er krank ist oder ob diese geringen Abweichungen vom Normalen nichts zu bedeuten haben. Während bisher die dank der ärztlichen Aufklärung beinahe überwundene falsche Scham und Bequemlichkeit die einzigen Hemmungen waren, sofort ärztliche Hilfe aufzusuchen, tritt jetzt hierzu als sehr wichtiges Moment die Geldausgabe, die für viele heute nicht gering ist und die sie daher leicht zu dem Selbstbetrug verleiten wird: „ach es wird schon nichts sein" und sie solange wird warten lassen, bis die Beschwerden unerträglich geworden sind, was natürlich die Krankheit kompliziert, die Heilungsdauer bedeutend verlängert und die Ansteckungsgefahr bedeutend erhöht.

Noch schlimmer als die Bezahlung des Krankenscheines wirkt sich bei den Geschlechtskranken die Zuzahlung zum ärztlichen Rezept aus. Während bei allen möglichen anderen Krankheiten der Arzt in der Lage ist, auf längere Zeit Arzneimittel zu verordnen, was natürlich keineswegs rationell, aber immerhin noch zu ertragen ist, ist dies bei einem großen Teil der Geschlechtskrankheiten unmöglich. Bei der Gonorrhoe ist die Art der Weiterbehandlung einzig und allein vom mikroskopischen Befunde, der vom Arzt 1—2 Mal in der Woche erhoben werden muß, abhängig. Dieser allein entscheidet die Wahl und Konzentration des Mittels. Man kann also nicht für längere Zeit Verordnungen treffen, sondern muß bei jeder Beratung ein neues Rezept verschreiben. Da dies jedesmal in der Apotheke 50 Pfennig kostet, erwachsen dem Kranken relativ hohe Kosten, was natürlich für die korrekte Durchführung der Behandlung eine große Erschwerung bedeutet.

Mit diesen Ausführungen will ich natürlich nicht gegen die ganze Notverordnung Stellung nehmen; das ist eine Frage der Politik, die hier nicht zur Debatte steht, sondern ich will nur dartun, wie uns Aerzten durch einzelne Bestimmungen der Notverordnung die wirksame Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten erschwert wird und das Gewissen der Oeffentlichkeit dahin aufrütteln, gegen die das Volkswohl so schwer schädigenden Bestimmungen zu protestieren, damit eine Aenderung eintritt, bevor es zu spät ist.

Dr. med. W. Perle.

Spielplan des Halberstädter Stadttheaters.

Mittwoch, 5. November und Donnerstag, 6 November, 20 Uhr, finden die ersten Wiederholungen der Oper „Madame Butterfly" von Puccini statt.

Freitag, 7. November, Erstaufführung „Der rasende Sperling" oder „Straßenmusik" von Paul Schurek.

Freitag, 22.45 Uhr, findet als Nachtvorstellung eine Werbeveranstaltung für das Stadttheater statt. Dieser Veranstaltung liegt ein Programm zugrunde, das jede Kunstaufung unseres Theaters zu Worte kommen läßt.

Sonnabend, 8. November, 20 Uhr, letzte Wiederholung der Gerhart Hauptmannschen Komödie „Schluck und Jau".

Sonntag, 9. November, 16 Uhr, zu volkstümlichen Preisen (0,40 bis 2,00 Mark) „Der Geisterzug". Kriminalstück von Ribelen. Abends, 19.30 Uhr, ist die Premiere der neuen Operette „Viktoria und ihr Husar" von Paul Abraham. Reale: Oberspielleiter Gegra Vierbach, musikalische Leitung: Kapellmeister Theo Buchwald. Ende der Vorstellung 22.45 Uhr.

Spielplan der Halberstädter Lichtspieltheater

Lichtlichspielhaus: Bis Donnerstag verlängert die Farbentonfilm-Revue „Cilly". Dazu das abwechslungsreiche Tonfilmbeiprogramm. Jugendliche haben Zutritt!

Kammerlichtspiele: Mittwoch Liane Haid und Fred Louis Lerch in „Spiel um den Mann". — Conrad Nagel in dem Kriminalfilm „Der Doppelgänger".

Kreis Halberstadt.

Heudeber, 4. Nov. Entgleisungen eines Arztes. Bei der letzten Reichsbanner-Demonstrationsfahrt durch den Landkreis berührten die Fahrzeuge auch den Vorort Mulmke. Die proletarische Bevölkerung war zu dieser Kundgebung geeilt und begrüßte die Kameraden aufs herzlichste. Ein kränklicher Knabe war dabei von Alterskameraden umgestoßen und unglücklicherweise auf die Reißschienen der Landstraße zu Fall gekommen. Der herbeigerufene Arzt stellte Gehirnerschütterung fest und behauptete, dieser Unfall könne nur durch ein Kraftfahrzeug entstanden sein. Der Landjäger müßte dies sofort feststellen, die R.-B.-Fahrzeuge seien noch in Heudeber. Von verschiedenen Augenzeugen wurde jedoch einwandfrei bekundet, daß das Kind erst fiel, nachdem die Fahrzeuge längst hielten. An sich ist dieser Unfall sehr zu bedauern, hätte aber nach Feststellung der Ursache sein Bewenden haben müssen. Weit gefehlt, der Arzt forschte weiter und verstieg sich zu der Bemerkung, man solle zu „diesen Menschen" (gemeint sind Sozialdemokraten), nicht auf die Straße gehen noch aus dem Fenster sehen. Der rechtsradikale Standpunkt dieses Arztes ist sattsam bekannt, jedoch ist es unverständlich, daß er von den Sozialdemokraten als Patienten seinen Unterhalt bestreitet. Leider ist die 50 Prozent sozialdemokratische Bevölkerung durch die Ortskrankenkasse gezwungen, zu dem Herrn in die Sprechstunde zu gehen. Wie sähe es mit der Existenz dieses „Menschen" aus, falls noch ein anderer Arzt für unseren Ort zugelassen würde.

Aus Oschersleben.

o.* **Sozialdemokratische Partei.** Heute 20 Uhr im Stadtpark wichtige Funktionärsitzung. N. es muß erscheinen.

Mitteldeutsche Rundschau.

40 Jahre Staatliche Baugewerkschule zu Magdeburg.

Die Staatliche Baugewerkschule zu Magdeburg, kann mit Stolz auf ein 40jähriges Bestehen zurückschauen. Ein Rückblick in das 18. Jahrhundert zeigt eine geschichtliche Entwicklung, wie man sie wohl kaum in der Art wiederfindet. Schon im Jahre 1793, also vor 137 Jahren wurde die Kunstschule gegründet, die den Handwerkerlehrlingen und -Gesellen neben ihrer praktischen Tätigkeit auch die notwendige Theorie vermittelte. Im Jahre 1800 liest man in der Chronik von einer Provinzial Kunst- und Bauhandwerkerschule. Durch wirtschaftliche Mißzustände in der Zeit der napoleonischen Kriege wurde die Weiterentwicklung der Lehranstalt im höchsten Grade gehemmt. Nach den Freiheitskriegen konnte man einen wesentlichen Fortschritt verzeichnen, die Besucherzahl erhöhte sich bis auf 287. Der Unterricht bestand größtenteils aus Abend- und Sonntagskursen. Durch die Cholera im Jahre 1832 drohte der Schule ein völliger Verfall, die Anzahl der Schüler sank immer mehr und mehr und man war nahe daran sie aufzulösen. Von 1842 ist ein allmählicher Aufstieg zu verzeichnen. Es entwickelte sich der allgemein bildende Unterricht immer mehr und mehr und verdrängte zu einem großen Teil den Abend- und Sonntagskursus. Das Preußische Handelsministerium verlangte daraufhin eine Umgestaltung und Spezialisierung des Unterrichtsplanes und drängte auf eine zweckmäßige und technische Ausbildung der Bauhandwerker. Am 1. November 1890 wurde die Anstalt unter dem Namen Baugewerkschule von neuem eröffnet. Jedes Semester hatte 20 Wochen und in jeder Woche wurden 50 bis 52 Unterrichtsstunden gehalten. Es war ein sehr umfangreicher Lehrstoff, der eine vollkommene Ausbildung gewährleistete. Die Baugewerkschule hatte ihren Aufstieg in den Jahren 1890 bis 1902 dem 1. Direktor Theobald Müller zu verdanken, der seine ganze Kraft zum Wohle der Anstalt eingesetzt hat. Im Jahre 1904 wurde die Schule in eine staatliche Anstalt umgeformt. Die Stadt Magdeburg verpflichtete sich, ein neues Gebäude auf städtische Kosten zu bauen. Das alte Haus genügte schon längst nicht mehr den Anforderungen. Die Klassenräume waren zu klein und es fehlte an der nötigen Beleuchtung. Das neue Schulgebäude konnte im Oktober 1907 nach feierlicher Einweihung dem Unterricht übergeben werden. Durch die immer fortschreitende Technik des Bauwesens konnte man den vorgeschriebenen Stoff in 4 Semestern nicht bewältigen. Daher erhöhte man die Semesterzahl auf fünf. So erforderte das Vordrängen des Eisenbetonbaues das Einlegen eines weiteren Semesters.

Am 8. und 9. November dieses Jahres soll das 40jährige Bestehen der Schule gefeiert werden. Zu dem Feste sind Abordnungen aller Baugewerkschulen des deutschen Reiches eingeladen worden. Eine besondere Freude wird es für die Berufskollegen aus früheren Semestern sein, einige vergnügte Stunden mit den alten Kameraden zu verbringen.

Bei der jetzigen geringen Bautätigkeit, in der furchtbaren Wirtschaftskrise geht der junge Bautechniker einer schweren trostlosen Zukunft entgegen. Trotzdem brauchen die Praktikanten den Mut nicht sinken zu lassen. Sicher wird zum 50jährigen Bestehen der Magdeburger Baugewerkschule die Bautätigkeit wieder aufleben, so daß alle jungen Techniker nach Absolvierung der Schule praktische Arbeit finden werden.

Gustav Brundiek.

Polizei in einer Karstadt-Fleischwarenfabrik.

Braunschweig. In der Fleischwarenfabrik Otto Struck in Gliesmarode, die dem Karstadt-Konzern gehört, ist der Leiter von Beamten der Staatsanwaltschaft und der Kriminalpolizei verhaftet worden. Das Vorgehen der Polizei stützt sich auf eine Anzeige, wonach minderwertige Fleischwaren hergestellt worden seien. Die Leitung der Fabrik nimmt an, daß es sich um einen Racheakt eines ehemaligen leitenden Angestellten handelt. Zwei bekannte braunschweigische Nahrungsmittelchemiker, von denen einer im Vertragsverhältnis zu der Firma steht, haben erklärt, daß die Waren keineswegs verdorben, sondern für den menschlichen Genuß geeignet seien. Trotzdem wurden die beschlagnahmten Waren einer Abdeckerei überwiesen.

Die Oker steigt.

Braunschweig. Seit Montag hat die Oker die Wiesen und Aecker zwischen Heiningen und Börßum vollkommen überschwemmt. Der neue Damm ist stellenweise durchbrochen worden. Die Verkehrsstraße nach Heiningen ist überflutet. Die Ilse ist ebenfalls über ihre Ufer getreten. Da die Oker weiterhin steigt, befürchtet man eine Gefährdung des Bahnkörpers zwischen Börßum und Ohrum.

Die Betonmauer der Sösetalsperre vollendet.

Osterode am Harz. Die Arbeiten an der Sösetalsperre sind soweit fortgeschritten, daß die Betonarbeiten des Sperrdamms jetzt erledigt sind. Die Damm-Abschüttungsarbeiten werden fortgesetzt; sie sind bis zu zwei Drittel erledigt. Die Sperre bildet nach wie vor täglich, besonders Sonntags, das Ziel vieler Ausflügler.

Gefreiter Michael zum Unteroffizier befördert.

Magdeburg. Der Gefreite Michael der 1. Kompagnie des vierten (Preußischen) Pionier-Bataillons ist durch Erlaß des Chefs der Heeresleitung „für die unter besonders schwierigen Verhältnissen und unter rücksichtslosem Einsatz seines Lebens ausgeführte Errettung dreier Personen vom sicheren Tode des Ertrinkens" vom 1. Juni 1930 rückwirkend zum übergähligen Unteroffizier befördert worden. — Wie erinnerlich, rettete Gefreiter Michael am 11. Mai dieses Jahres drei Magdeburgern, die mit dem Personenauto das Geländer der Herrentrugbrücke durchbrachen und in die Alte Elbe stürzten, das Leben, indem er von der Brücke heruntersprang, die Scheiben des Autos einschlug und die Insassen herauszog.

Beim Abendbrot vom Gastod ereilt.

Magdeburg. Als die Tochter der Heiligegeiststraße 16 wohnhaften 78jährigen Witwe Wilhelmine M. in den späten Abendstunden nach Hause kam, fand sie die Wohnung verschlossen. Da ihr auf Klingeln und Klopfen niemand öffnete, alarmierte sie die Polizei, die die Wohnung mit Gewalt öffnete. In der Küche bot sich den Eintretenden ein erschütternder Anblick. Die alte Frau saß vor dem Küchentisch und war tot. Vor ihr stand das halbverzehrte Abendessen. In der rechten Hand hielt die Tote noch das Messer. Die Polizei stellte fest, daß die Witwe beim Zurechtmachen des Abendbrotes versehentlich an den Gashahn gekommen ist, der dabei geöffnet wurde. Die ausströmenden Gase führten dann während dem Essen den Tod der alten Frau herbei.

Ueberfallen und schwer verletzt.

Stendal. Der bei dem Landwirt Lehmkau in Peulingen beschäftigte Arbeiter Hermann Witt wurde bei der Heimkehr von einem Vergnügen in Neuendorf im Dorfe von mehreren unbekannten Personen, die ihm aufgelauert hatten, überfallen und mißhandelt. Sein Dienstherr fand ihn am anderen Morgen blutüberströmt im Bett auf. Der Arzt stellte mehrere Kopfverletzungen fest und ordnete die Ueberführung des Ueberfallenen in das Stendaler Johanniter-Krankenhaus an.

Gasvergiftungen durch ein beschädigtes Gasrohr.

Halle. Im Hause Bauhof 7 ereignete sich ein Unglücksfall, der leicht entsetzliche Folgen hätte haben können. Die Frau des Schuhmachermeisters Fiedler hatte ihre drei kleinen Kinder zu Bett gebracht, als aus dem Schlafzimmer Angstschreie ihrer siebenjährigen Tochter ertönten. Bei ihrem Eintreten brach die Kleine bewußtlos zusammen, während ihr zweites Töchterchen im Alter von 5 Jahren und ihr dreijähriger Junge bereits bewußtlos in den Betten lagen. Der schnell herbeigerufene Arzt konnte alle drei wieder ins Leben zurückrufen. Er stellte fest, daß es sich um Gasvergiftungen handelte, und zwar das Gas aus einem bei Erdarbeiten im Hause beschädigten Gasrohr in den Schlafraum gedrungen.

Bei einer Schlägerei schwer verletzt.

Bitterfeld. In der Schießhausstraße entstand in der Nacht eine schwere Schlägerei, in deren Verlauf einer der Beteiligten durch sechs Messerstiche in den Rücken schwer verletzt wurde. Von dem Messerstecher fehlt noch jede Spur.

11 Prozent Beitragssenkung bei der AOK.

Weißenfels. Die Allgemeine Ortskrankenkasse hat den bisherigen Einheitssatz von 6,3 auf 5,7 Prozent ab 1. November ermäßigt und ihn außerdem noch gestaffelt, sodaß eine Beitragssenkung von durchschnittlich 11 Prozent eingetreten ist. Die Landkrankenkasse hat ihren Beitragssatz bereits am 14. Oktober mit Wirkung vom 6. Oktober ermäßigt.

o.* **Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter.** Morgen, Donnerstag, 20 Uhr, findet bei Hentrich eine wichtige Versammlung aller Vertrauensleute statt. Vollzähliges Erscheinen wird erwartet.

Aus Thale.

tw. **Die Nazis von Thale „laden" sich ihre Gäste!** Am Freitag findet im Gasthof zum braunen Hirsch eine Naziversammlung statt, zu der nur geladene Gäste Zutritt haben. Auf Tagesordnung stehen: 1. Aufbruch gegen die Sozialdemokratie, 2. Wahl eines Führers. Da man die Neuwahl des Führers auf Punkt 2 verschoben hat, wird jedenfalls nur ein Herr mit einer ganz besonders großen Schn .... in Frage kommen. Ein solcher Herr, der sich seit letzter Zeit einen frechen Ton gegenüber der Sozialdemokratie erlaubt, ist nach den uns zugegangenen Informationen in der Person des ehemaligen „Bankbeamten" und jetzigen „Schlachters" Ottchen Unger, nähere Adresse: Thale a. H., Marktstraße, schon gefunden worden. Herr Unger wird am Freitag den anwesenden Gästen sagen wollen, warum er seinerzeit so plötzlich umsattelte „vom Bankbeamten zum Schlachter". Soweit uns bekannt ist, spielte unser „Ottchen" seinerzeit als Bankbeamter in Berlin eine „große Rolle" und wurde ganz plötzlich und unerwartet „Schlachter" im Geschäft seines Vaters. Wir werden jedenfalls Gelegenheit nehmen, alsbald auch einmal in unseren Versammlungen über Ottchen und sonstigen Trabanten, die uns jetzt sämtlich bekannt sind, eine Diskussion zu eröffnen. Vielleicht laden wir dann Ottchen Unger ein.

tj. **Gut abgegangen.** In Schrecken versetzt wurden gestern mittag die Anlieger und Passanten der Brückenstraße durch lautes Hilferufen. Der Händler Staat aus Thale befand sich mit seinem Einspänner auf der Tour. Plötzlich scheute das Pferd und ging durch. In der Brückenstraße schien es, als würde das Pferd auf einen dort stehenden Wagen auflaufen. Doch durch beherztes Zugreifen eines hiesigen Fensterputzers wurde das Pferd zum Stehen gebracht und dadurch großes Unglück verhütet. Staat kam mit dem Schrecken davon.

tj. **Die Kommunistenführer Hand in Hand mit den Bürgerlichen.** Im Jahre 1928 gründeten die Mieter in Thale einen Spar- und Bauverein. Er hat sein Möglichstes getan, um die Wohnungsnot zu lindern. Rund 130 Wohnungen wurden in den 1½ Jahren hergestellt. Wenn man bedenkt, daß dadurch die Erwerbslosigkeit in wirksamer Weise bekämpft wurde, so ist es unverantwortlich und Unerklärlich, wenn heute die Kommunisten in unflätiger Weise über den Verein herziehen. Hatte bis heute der Verein seine Widersacher nur im bürgerlichen Lager gehabt, so werden diese jetzt von einem Teil der Kommunisten unterstützt. Was hat die Kommunisten zu dieser Hetze gegen den Spar- und Bauverein bewogen? Es ist wohl der Aerger über ihren in der letzten Stadtverordnetensitzung abgelehnten Antrag. Die Kommunisten hatten in der letzten Stadtverordnetensitzung einen Antrag eingebracht, 100 neue Wohnungen auf Stadtkosten zu bauen. Da keine Deckungsmöglichkeiten vorhanden waren, es wäre eine Summe von 800 000 RM. notwendig gewesen, verfiel der Antrag der Ablehnung. Nun haben sie gesucht, wo die Geldmittel aufzubringen wären. Und siehe da, die Stadt soll selbst bauen und der Bauverein soll keine Hauszinssteuer mehr bekommen. Aber diese Schlaumeier bedenken nicht, daß die Hauszinssteuer zum Häuserbauen allein nicht genügt und daß außerdem noch Mittel notwendig sind. Ferner ist zu bedenken, daß das Projekt der Kommunisten sechs lange Jahre in Anspruch nehmen wird, ehe es ausgeführt ist. Dann hätte die Stadt noch weitere 15—20 000 RM. zuzüglich zu zahlen. Und wer soll die Summe zahlen? Glücklicherweise denken nicht alle Kommunisten so, wie ein Teil ihrer örtlichen „Führer". Bei einer Auflösung der Genossenschaft erhalten die Mitglieder nur ihren Geschäftsanteil zurück, der verbleibende Rest des Genossenschaftsvermögen wird ausschließlich für den in § 2 der Satzung bezeichneten Zweck verwendet. Im § 2 aber heißt es: „Der Zweck der Genossenschaft ist ausschließlich darauf bedacht, gesunde und zweckmäßig eingerichtete Wohnungen zu schaffen."

Kreis Quedlinburg.

Westerhausen, 3. November. Bauarbeiterversammlung. Am Donnerstag, den 6. November, 20 Uhr, findet im „Deutschen Hause" eine Mitgliederversammlung der Bauarbeiter statt. Der wichtigen Tagesordnung halber ist es Pflicht jedes Kollegen zu erscheinen.

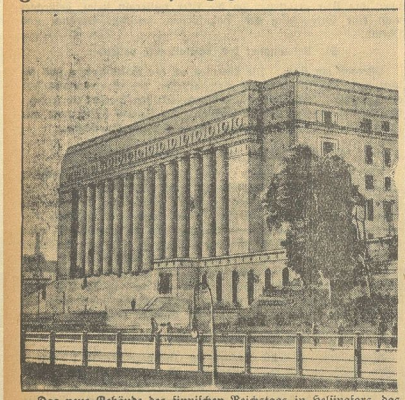
Ditfurt, 5. November. Der Arbeitergesangverein „Liedertranz" hielt am Sonntag im „Deutschen Hause" sein Wintervergnügen ab. Im dichtbesetzten Saale fand der Abend durch flotte Konzertstücke seine Eröffnung. Sodann wechselten programmmäßig Gesänge und Konzert. Den Chor leitete Gen. Raulf-Hedersleben. Die Darbietungen ließen unermüdliche Uebung und Musikverständnis erkennen. Für das Theaterstück „Vom Vater gerichtet" zollte man reichen Beifall. — Die Bode und der Mühlengraben führen zur Zeit reißendes Hochwasser. An verschiedenen Stelle ist das Wasser übergetreten. Der Sturm in den letzten Nächten war geradezu beängstigend. In den Gärten und den Parkanlagen liegen die gebrochenen Zweige wie gesät.

Cochstedt, 3. November. Zwischen die Puffergeraten. Der Arbeiter Nohr, der auf der Zuckerfabrik in Cochstedt beschäftigt ist, geriet zwischen die Puffer zweier Wagen. Mit einer erheblichen Schulterquetschung mußte er sich in ärztliche Behandlung begeben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919301105-18/fragment/page=0007

Vermischtes.

Finnlands Reichstagsgebäude vollendet.



Das neue Gebäude des finnischen Reichstags in Helsingfors, das soeben vollendet worden ist.

Aus der amerikanischen Unterwelt. Das Mitglied einer Alkohol-Schmuggelbande, Josef Caruso (Pacelli), wurde in Newark (New Jersey) von Konkurrenten niedergeschlagen und so schwer verletzt, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Drei seiner Verfolger drangen später in das Spital und erschossen den im Bett liegenden Caruso, darauf verschwanden sie unerkannt. In Chicago ließ das Haupt der Schmuggler und Verbrecherbanden, der berüchtigte Al Capone, dem obersten Richter ein offizielles friedliches Angebot überreichen. Al Capone will sich unter folgenden Bedingungen aus der Stadt zurückziehen und den Kampf gegen die Konkurrenten und gegen die Polizei aufgeben: 1. ungehinderten Alkohol- und Likör-Schmuggel, 2. Niederschlagung aller Strafverfahren gegen Al Capone und seine Unterführer. Das Angebot Al Capones, das von der Macht und Größe der Schmuggler- und Verbrecherbanden zeugt, ist unbeantwortet geblieben.

Kunstschätze aus dem Meer.

Funde bei Kap Artemis.

Die attische Halbinsel läuft nach Südosten hin spitz aus in das Kap Artemis, berühmt durch das ganze Altertum, besungen noch zuletzt im Andenken an Themistokles von Lord Byron gleich in den Anfangsversen zum „Giaur", wo ein lachender Himmel fast zu jeder Jahreszeit „über die gesegneten Inseln lächelt". Nur in den Zeiten wo die größeren Weltmeere ihren Strand mit Sturmfluten heimsuchen, im Herbst und im Frühjahr, ist auch das Kap Artemis am ägäischen Meere, stürmisch und schon von den alten Seefahrern gefürchtet gewesen. So manche Trieme der griechischen und römischen Zeit und noch manche Galeere des späteren venezianisch-genuesischen Mittelalters ist hier gestrandet, gescheitert, in den Fluten versunken. Von einem solchen Schiffbruch, der vor 2000 Jahren ein griechisches Schiff betroffen hat, erhalten wir nun Kunde durch die Arbeiten einer arthenischen archäologischen Expedition, die mit aller Sorgfalt den Meeresgrund nahe Kap Artemis an der attischen Küste durchforscht hat nach kostbaren Bildwerken, die damals mit untergegangen sind.

Im vorigen Jahre zog ein Fischer, der seine Netze ausgeworfen hatte, mit einem unerhört glücklichen Fischzug eine wunderbare Zeusstatue aus dem Meere. Später fand man an derselben Stelle ein Pferd aus Bronce und Bruchstücke einer Knabenfigur, und nun, ganz kürzlich erst, wurden die noch fehlenden Teile zu diesen beiden letzteren Skulpturen aus dem Wasser gezogen, so daß diese nun wieder vollständig hergestellt werden können.

Die meisten antiken Kenner, die sich mit den beiden Fragmenten bisher befaßt haben, hielten dafür, daß es sich aller Wahrscheinlichkeit nach um einen Wagen handeln müsse, der von einem Pferde gezogen wurde. Nun zeigt sich aber, daß die ganze Gruppe ein bäumendes Pferd darstellt, auf dessen Rücken der Knabe steht. Diese letztere Statue, der Knabe, gehört dem zweiten Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung an, während das Pferd schon dem 5. Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung zuzuschreiben sein dürfte. Nun sind solche uns eigenartig berührenden Kombinationen verschiedener Bildwerke bei den Griechen des öfteren vorgenommen worden, so daß also an der Zusammengehörigkeit von Pferd und Reiter deswegen nicht gezweifelt werden darf. Der Knabe ist eben später, und vielleicht sogar nach absichtsvollem Plan, zu dem Pferde hinzugeschaffen worden. Es war also ein überaus glücklicher Zug, den die Statuenfischer vom Kap Artemis mit der schönen neuen Gruppe getan haben. Aber auch sonst ist allerlei Interessantes aus der einstigen Ladung des Schiffes an die Wasseroberfläche gekommen: so einige Bronze- und Eisennadeln, Holzstücke und verschiedene Gegenstände, darunter der Bleianker und nicht zu vergessen einige Spiegel, aus denen unzweideutig hervorgeht, daß der Schiffbruch im 1. Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung hier am Kap Artemis vor sich gegangen sein muß.

Bei Gelegenheit dieses Statuenfischzuges darf noch erwähnt werden, daß die künstlerische Archäologie eine ganze Anzahl kostbarer Bildwerke, ja gerade der schönsterhaltenen Statuen, aus dem Meere empfangen hat. Manche Aphrodite und Venus ist wieder aus den Fluten hervorgestiegen. Das Mittelmeer birgt wohl noch viele herrliche Schätze, die der Kunsthandel des Altertums und die Sammelfreude von Kunstliebhabern in Athen, Rom, Byzanz und Alexandria wollte, die dann aber den höheren Gewalten des Sturmes und der Wogen zum Opfer fielen. H. M.

Aus der Partei.

Wilhelm Schluchtmann gestorben.

Am Sonntagabend ist Landtagsabgeordneter Wilhelm Schluchtmann in Homburg v. d. Höhe, wo er Erholung von seinem Herzleiden suchte, einem Schlaganfall erlegen. Schluchtmann, der im 54. Lebensjahr stand, gehörte der Sozialdemokratischen Partei an. Er war im 23. Wahlkreis Düsseldorf-West gewählt. Ursprünglich Bergarbeiter, war Genosse Schluchtmann seit 1907 als Parteisekretär für Duisburg tätig gewesen. Seit April 1921 war er Landrat des Kreises Dinslaken.

Lest den

Probeheft kostenlos vom Verlag der Neuen Gesellschaft G. m. b. H. Berlin S 14, Dresdener Straße 43

Bestellungen nehmen alle Zeitungsboten und Filialen entgegen

Herr Leutnant, bitte eine Zigarette . . .

Im Kasino erzählte der Major Abends einmal die Geschichte von dem Spion Henri Marin. Das Gespräch der jüngeren Offiziere hatte sich Erinnerungen zugewandt, die durch die besondere Kaltblütigkeit einer der handelnden Personen bemerkenswert geblieben waren.

Der Major hatte sich eine Zigarre angezündet, die ihm die Ordonnanz auf einem Teller gebracht hatte. Das Kraut schien ihm zu schmecken. Er blies den Rauch behaglich in die Luft, wo sich bläuliche Ringe bildeten.

„Meine Herren", begann der Major, „die Geschichte, die ich beisteuern will, dreht sich nur um eine Zigarette. Niemals aber habe ich einen Menschen in solcher Situation und mit solcher Kaltblütigkeit rauchen sehen wie den Spion Henri Marin." Die jüngeren Offiziere baten um eine Darstellung des Vorfalles.

Der Major zog wieder genießerisch an seiner Zigarre. Dann nahm er seine Erzählung auf: „Ich war damals noch Leutnant und lag in irgendeinem französischen Nest. Es war im Juli 15. Eines Tages bekam ich den Befehl, mit ein paar Mann die Erschießung eines Spions vorzunehmen. In aller Frühe holte ich also den Verurteilten aus seinem Gewahrsam ab, brachte ihn in den Hof, an die Wand. Ich sah ihn jetzt zum ersten Mal. Es war ein Kerl, der imponieren konnte. Groß, kalt, beherrscht. Was er auf dem Kerbholz hatte, wußte ich nicht. Ich hatte ihn nur erschießen zu lassen. Aber er mußte uns wohl eine verdammte Suppe eingebrockt haben; der Kerl sah ganz danach aus.

Ruhig und mit einer gewissen Verachtung blickte er über die Gewehre meiner Leute hin. Als ich zu ihm trat, um ihm ein Tuch über seine Augen zu binden, hob er abwehrend die Hände, und ich hörte zum ersten Mal sein fabelhaftes Deutsch: „O, bitte nicht! Aber wenn ich noch einen Wunsch äußern darf, Herr Leutnant?" Ich sah ihn fragend an. Wollte er einen Brief bestellt haben? An eine Frau? Oder hatte er das Bedürfnis, noch einmal mit dem Geistlichen zu sprechen?

Aber der Mann sagte: „Herr Leutnant, wenn ich um eine Zigarette bitten darf. Ich hungre seit Tagen danach."

Seine Augen brannten in seinem blassen Gesichte. Der fahle, trockene Mund bebte. Ich war überrascht und unschuldig. Eine Zigarette . . . . Jetzt! Durfte ich? Ich sah zu meinen Leuten hin. Die standen Gewehr bei Fuß. Kein Muskel in ihrem Gesichte zuckte.

Da setzte ich mich über alle Einwendungen meines militärischen Ich hinweg und zog mein Zigarettenetui. Der Mann sagte nur: „Dank! Dank!", und ich gab ihm selbst Feuer.

Es war eine merkwürdige Situation. Der Spion, das Gesicht den lauernden Gewehren zugewandt, lehnte an der Mauer und rauchte seine letzte Zigarette. Sein Leben glühte mit ihr zu Ende. Manchmal ließ er seinen Blick in die Höhe, zu den Wolken schweifen, die groß und weiß am Sommerhimmel hinzogen. Er rauchte so ruhig wie wir hier im Kasino.

Ich sah oft auf die Uhr. Mir schien die Zeit, die man zum Rauchen einer Zigarette benötigte, endlos lang zu sein. Was mußte er für Empfindungen haben! Wenn er den letzten Zug aus der Zigarette tat, würde mein Kommando zum Feuern erschallen. Rauchte er nicht absichtlich langsam, um noch Sekunden mehr von diesem Himmel, dieser Luft, diesem bißchen Welt zu genießen?

Ich täuschte mich. Er war nicht im geringsten unruhig. Sein Gesicht wurde, wenn auch blaß, eigentlich immer heiterer, als wäre ihm ein großer Wunsch in Erfüllung gegangen. Er sah mich fast lächelnd an — in einer geheimnisvollen Solidarität, möchte ich sagen.

Er hatte meine Unruhe bemerkt. Meine Herren, ich brauchte mich über ihn nicht zu beklagen. Ich hatte die letzte Vergünstigung keinem Unwürdigen gewährt. Der Mann verstand zu sterben.

„Sofort, Herr Leutnant!" beruhigte er mich in höflichstem Tone. „Es dauert Ihnen zu lange? Ich verstehe . . . Befehl ist Befehl. Aber — haben Sie Dank!

Er tat noch einen langen, tiefen Zug. Dann warf er die Zigarette weg, stellte sich kerzengerade hin und blickte in die Mündung der jetzt auf ihn gerichteten Gewehre. Kurt Rudolf Neubert.

Stadt-Theater

Mittwoch, den 5. November, 20 bis 22½ Uhr:
Die Vorstellung ist gültig für Dienstag- und Beamtenbund-Opern-Abonnenten!

„Madame Butterfly"
Oper von Puccini (1.00—6.00)

Donnerstag, den 6. November, 20 bis 22½ Uhr:
Gültig für Donnerstag-, Freitag- und Bühnenvolksbund-Opern-Abonnenten!

„Madame Butterfly"
Oper von Puccini (1.00—6.00)

Die zweite Opernrate sämtlicher Operndauermieter und der Bühnenvolksbund-Opern-Abonnenten ist fällig. Zahlbar bis Donnerstag, 6. November, 10—14 Uhr an der Vorverkaufskasse im Rathaus.

Schlachthof-Freibank Donnerstag von 9 bis 11 Uhr
Rindfleisch, roh . . Pfd. 50 Pfg.
Schweinefleisch, roh . Pfd. 60 Pfg.

Auf die im Rathauskasten befindliche Polizeiverordnung über den Handel mit Brot nach festem Gewicht wird hingewiesen.
Oschersleben (Bode), den 3. November 1930.
Die Polizei-Verwaltung.

Unter dem Rindviehbestande der Firma Gebrüder Dippe A.-G., Abteihof, Rittergasse 10, ist die Maul- und Klauenseuche amtstierärztlich festgestellt worden.
Quedlinburg, den 3. November 1930.
Die Polizeiverwaltung.

Bruchleidende

Eine Erlösung von dauernder Qual ist das berühmte

Spranzband
(ges. gesch.)

Kein Gummiband, ohne Feder, ohne Schenkelriemen, trotzdem unbedingt zuverlässig, für alle Arten von Brüchen. Leiste vollste Garantie. Glänzende Zeugnisse, auch Heilerfolge. Ärztlich begutachtet. Mein Vertreter ist für alle Bruchleidende (auch für Frauen und Kinder) wieder mit Mustern kostenlos zu sprechen in:
Halberstadt, im Bahnhofshotel, am Freitag, den 7. November, von 2—6 Uhr,
Blankenburg, im Bahnhofshotel, am Sonnabend, den 8. November, von 9—12 Uhr.
Der Erfinder und alleinige Hersteller:
Hermann Spranz, Unterkochen (Württbg.)

Immer weiße Zähne

„Ich möchte Ihnen mitteilen, daß wir schon über 15 Jahre die Zahnpaste Chlorodont benutzen. Noch nie hat sie uns enttäuscht! Wir hatten immer weiße Zähne und einen angenehmen Geschmack im Munde, umsomehr, da wir schon längere Zeit das Chlorodont-Mundwasser benutzen. Auch benutzt die ganze Familie nur Chlorodont-Zahnbürsten." gez. E. Chudoba, Fr... Man verlange nur die echte Chlorodont-Zahnpaste, Tube 60 Pf. u. 1 Mk., und weise jeden Ersatz dafür zurück.

Kaiserhaus

Freitag, den 7. November
Ein Sonderabend
der ganz hervorragenden Kapelle Heinz Fuchs
„Aus der guten alten Zeit"
Jeden Dienstag und Donnerstag
in der neuzeitlichen Tanz- u. Weindiele
5 Uhr-Tanz-Tee
An diesen Tagen:
Gesellschaftsabend mit Tanz

Radio-Apparate

Netz- und Batterie-Empfänger
Grammophon-Platten sowie Einzelteile.
Aktuladestation. Gebr. Grammophone werden bei Kauf eines Radios in Zahlung genommen.
Fritz Hormes, Harsleberstr. 9.

Kauft nur bei unseren Inserenten!

F.-C. Germania 1900 e. V.

Mitglieder und Interessenten, welche gewillt sind, am Sonntag mit nach Bernburg zu fahren, werden gebeten, sich bis Freitag mittag bei Herrn Schneider, Spiegelstraße 59 zu melden. Das Fahrgeld Mk. 3.50 ist bis dahin ebenfalls zu entrichten.
Der Vorstand.

Schlafzimmer,

echt Eiche mit Zebrano, Schrank mit Wäscheeinrichtung sehr preiswert zu verkaufen. Eigene Werkstattarbeit. Für trockenes Holz und gute Arbeit übernehme ich volle Garantie.
Paul Giesow, Tischlermeister
Paulsplan 24, Ecke Pfahlgasse.

Wernigerode

KURTHEATER
Opern-Abend!
Madame Butterfly
Gastspiel des Stadttheaters Halberstadt.
4. Pflichtvorstellung des Theaterbundes.
Montag, den 11. November, 8¼ Uhr.
Preise: 3.25 2.25 1.50 1.00.
Mitglieder bedeutende Preisermäßigung.

Revolutionsfeier

Sonntag, den 9. November abends 8 Uhr, im
Gewerkschaftshaus
unter Mitwirkung:
Arbeiter-Gesang-Verein „Liederbund"
„Freie Sport-Vereinigung"
Sozialistische Arbeiter-Jugend
Festredner:
Gen. Pätzon, Magdeburg
Ein stimmungsvoll hergerichteter Saal erwartet die Festgäste.
Eintritt: 30 Pfg. Erwerbslose: 15 Pfg.
Der Arbeiter-Bildungs-Ausschuß.

Färberei und Chem. Reinigung

Den geehrten Einwohnern von Wernigerode und Umgegend zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich eine
Annahmestelle für meine Färberei und Chem. Reinigung
in der Parfümerie L. Wilh. Rockstedt Westernstraße 12, unterhalte.
Durch meine langjährige Tätigkeit als erste Kraft in den renomiertesten Betrieben dieser Branche des In- und Auslandes, bin ich in der Lage, allen Anforderungen der Neuzeit entsprechend Genüge leisten zu können.
Für tadellose, sauberste Ausführung wird weitgehenste Garantie übernommen.
Schnelle Lieferung zugesichert.
Um gütigen Zuspruch bittet
J. Orlowsky
als Vertreterin: Frau Fr. Rockstedt
Auf Wunsch freie Abholung .. Teleton 498

Partei-Literatur jeder Art
zu haben in der
Volksbuchhandlung Burgstraße 30

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919301105-18/fragment/page=0008

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbmonatlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich sechsmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, G. m. b. H. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft Artur Molkenbuhr, für den lokalen Teil Wilhelm Kindermann, für Reklame u Inserate Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gewähr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313), Postscheckkonto Magdeburg 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 260 | **Mittwoch, den 5. November 1930** | **5. Jahrgang**

Der Sturm gegen Severing.

Die Mißtrauensdebatte im preußischen Landtag.

Sie haben sich alle zusammengefunden, Deutschnationale, Kommunisten, Nationalsozialisten, Wirtschaftspartei, Deutsche Volkspartei, Landvolk, Christlich-Soziale Arbeitsgemeinschaft und kommunistische Opposition. Und selbst die Deutsch-Hannoverschen fehlten nicht, um im Namen der Freiheit den Niedersachsen Severing stürzen zu helfen. Und doch war es kein Sturm. Bei den entrüsteten Kampfreden gegen Severing schliefen die Zuhörer auf den Tribünen ein. Einer der Mitverschworenen, der Evangelisch-Soziale Meyer-Hannover, war dann auch ehrlich genug, zuzugeben, daß die ganze Veranstaltung mehr Theater als Ernst war. Er wies an der Hand der Protokolle Deutschnationalen, Kommunisten und Volksparteilern nach, daß sie schon im ganzen letzten Jahr bei allen Mißtrauensvoten und Anträgen auf Auflösung des Landtages mit mindestens 20 Leuten gefehlt hätten, aus bloßer Angst, sie könnten versehentlich die Mehrheit bekommen. Denn in Wahrheit wissen alle, daß der preußische Staat vernünftig und gerade eben nur vom Kabinett Braun weitergeführt werden kann.

Bei der Begründung des Mißtrauensvotums

gab der Deutschnationale v. Winterfeldt — der Herr Fraktionsvorsitzende hatte sich persönlich bemüht — eine gescheitere Analyse der gegenwärtigen sozialdemokratischen Politik, als man sie von unseren Gegnern gewohnt ist. Die Sozialdemokratie stimme keineswegs mit dem Brüning'schen Reformprogramm überein. Sie halte Brüning nur bis zu dem Tag, wo sie mit Aussicht auf Erfolg Neuwahlen herbeiführen könne. Inzwischen suche sie ihre Macht in Preußen zu verewigen. Severing sei restlos der Alte geblieben. Das System Severing bedeute, mit den Mitteln des Staates die sozialdemokratische Arbeiterschaft zu stärken. — Diese Darlegungen des Herrn v. Winterfeldt fanden begreiflicherweise lebhafteren Beifall bei den Sozialdemokraten als bei seinen Parteifreunden.

Umso kläglicher fielen die alten Hetzphrasen des Kommunisten Kasper ab, der

Severing als Faschisten

darstellen wollte.

Abg. Stendel (Vpt.) beeilte sich, für das Mißtrauensvotum zu pladieren.

Abg. Baecker (Landvolkp.) betont, der Stoß des Mißtrauensvotums

müßte sich eigentlich gegen den Ministerpräsidenten Braun richten.

Sogar die Koalitionsgenossen seien von der plötzlichen Ernennung Severings unangenehm überrascht worden. Die Verfassung werde vom Ministerpräsidenten Braun sehr weitherzig ausgelegt. Der Redner fordert Revision der Verfassung, wonach ein besonderes Organ für die Berufung von Ministern eingesetzt werden solle, etwa in der Person eines Staatspräsidenten.

Abg Ladendorff (Wirtschaftspartei) betont, es handele sich hier nicht um die Person des Ministers Severing als Mensch, sondern

um das System.

(Zurufe links: „Madenlied!") Ueber die Person des Herrn Innenministers, der zum dritten Mal an dieser Stelle stehe, könne kein Zweifel bestehen. Unter Verletzung des demokratischen Prinzips solle hier die **führende Stellung der Sozialdemokratie in Preußen und im Reich von neuem gesichert werden.** Die Wirtschaftspartei werde für die Mißtrauens-Anträge stimmen und dadurch bekunden, daß nur durch eine Beseitigung der marxistischen Herrschaft eine Befreiung vom Sklavenjoch des internationalen Kapitalismus möglich sei (Beifall rechts); — Rufe links: „Alter Dessauer!").

Abg. Kube (Natsoz.): Das christliche Zentrum habe wieder einmal keinen Vorwurf gegen jenen Grzesinski erhoben, gegen den der sozialdemokratische Richter Grützner so schwere Vorwürfe erheben konnte, daß Grzesinski dadurch gezwungen war, als Innenminister zu demissionieren (Rufe b, d. Komm.: „Sprechen Sie mal über Franzen!"). Das von Zionisten und anderen merkwürdigen Erscheinungen durchsetzte preußische Innenministerium habe den Mut, die Entfernung von Beamten aus dem Dienste zu verlangen, die nachweislich ohne Tadel seien, nur weil diese Beamten der Nationalsozialistischen Partei angehörten (Rufe links.: „Was macht Frick in Thüringen?") Wir haben nie erklärt, daß wir die demokratische Regierungsform für richtig halten (Stürm. Aha-Rufe b. d. Reg.-Parteien).

Abg. Heilmann (Soz.): Während der Rede des Abg. Kube hat der Nationalsozialist Haake mit einer drohenden Bewegung zum Präsidenten den Zwischenruf gemacht „Ich komme da gleich rauf!" Ich wollte nur dies erwähnen, um diesen rohen Ausdruck für das Protokoll nicht verloren gehen zu lassen.

Präsident Bartels erklärt, er habe den Zuruf bei dem andauernden Lärm nicht gehört; sonst hätte er entsprechende Maßnahmen ergriffen.

Abg. Leinert (Soz.):

Der nationalsozialistische Redner hat sich ungeheuer moralisch entrüstet. Ueber Moral zu diskutieren lohnt nicht gegenüber einer Partei, die mit dem höchsten Ehrenamt des Reiches, dem Mandat des Reichstagsabgeordneten

Mörder, Einbrecher und Sittlichkeitsverbrecher

beliehen hat. (Stürmischer Beifall bei den Soz. Unruhe rechts.) Der frühere nationalsozialistische Abgeordnete Dinter bezeichnet die Partei als Saustall, in dem durch die sittliche Verlotterung der Führer Korruption und Mißwirtschaft herrschen. Der frühere nationalsozialistische Gauleiter Friedrich nennt in einer Abrechnungsbroschüre „Unter dem Hakenkreuz" die nationalsozialistischen Führer

Lumpen, Lausbuben und Verbrecher,

erbärmliche Leute voll Eifersucht, Ehrgeiz und erbärmlichen Konkurrenzneides. Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Studienrat a. D. Bernhard Rust, Hannover, hat sich als Leutnant während des ganzen Krieges

von der Front gedrückt.

Dem Nationalsozialisten Hinckler hat die Universitätsklinik in Halle im Jahre 1926 bescheinigt, daß er an Veitstanz, Gedächtnisschwäche und schwerer Beeinträchtigung der geistigen Bereitschaft leide; bei der Natur des Leidens sei es ausgeschlossen, daß Hinckler zum Lehrerberuf wieder fähig werden könne. **Dieser Hinckler steht jetzt vor mir als nationalsozialistischer Abgeordneter des Preußischen Landtages.** (Stürmische Heiterkeit und lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Die Zumutung des Herrn Kube, seiner Partei Achtung entgegenzubringen, erscheint danach geradezu lächerlich. (Erneuter lebhafter Beifall links.)

In Severing erblicken wir die Garantie

daß das Amt des preußischen Innenministers im Geiste der Republik verwaltet wird. Daß die preußische Polizei dem Schutz der Volksfreiheit dient und nicht wie in Thüringen und Braunschweig ihrer Bedrohung. Gegenüber nationalsozialistischen und bolschewistischen Gewaltsabsichten bedeutete Severing die

Sicherstellung der republikanischen Abwehr.

Der kommunistische Redner hat nach alter übler Gewohnheit Severing als „Arbeitermörder" beschimpft. Niemand hat größere Ströme Arbeiterblut vergossen als die Kommunistische Partei.

Severing ist der Schutzwall gegen den Bürgerkrieg.

Aber er ist zugleich ein Repräsentant der sozialen Ziele der Arbeiterklasse, wie er noch als Schlichter im Nordwestdeutschen Eisenkonflikt bewiesen hat. (Sehr gut! bei den Soz.) Die deutsche Arbeiterklasse, die deutschen Republikaner setzen das allergrößte Vertrauen in Karl Severing und begrüßen mit freudiger Genugtuung die Wiederaufnahme seiner Arbeit im Preußischen Innenministerium. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Meyer-Hermsdorf (Christl.-Soz. Volksdienst): Ueber unsere Haltung hat Herr Hugenberg im Wahlkampf eine Fülle wahrheitswidriger Behauptungen aufgestellt (Zuruf: Sie kommen gegen den Lügenberg doch nicht auf!)

Die Mißtrauensanträge werden nachgerade lächerlich.

Bei den letzten Mißtrauensanträgen haben 5 Deutschnationale, 6 Kommunisten und 5 Volksparteiler gefehlt; bei den Anträgen auf Auflösung des Landtages 5 Deutschnationale, 8 Kommunisten und 7 Volksparteiler. (Zuruf: Und die da waren, haben auch nur mit Angst dafür gestimmt!) (Heiterkeit!)

Wir machen diese Spielerei nicht mehr lange mit.

Aber wir werden gegen Severing stimmen, um nicht der skrupellosen Demagogie gegen uns neuen Stoff zu geben.

Morgen Abstimmung.

Die Abstimmung über das Mißtrauensvotum findet Donnerstag Nachmittag um 2 Uhr statt. Die heutige Debatte hat immerhin ergeben, daß alle antirepublikanischen Parteien und Parteisplitter des Landtages die größten Anstrengungen machen, eine Mehrheit gegen Severing zusammen zu bekommen.

Am Mittwoch stehen die Anfragen und Anträge über die Grubenkatastrophen auf der Tagesordnung.

Wie die Nazis „regieren" wollen.

Aufklärungen von Goebbels.

Der Führer der Berliner Nationalsozialisten Goebbels hatte die gesamte Berliner SA., die Sturmabteilung, zu einer vertraulichen Besprechung am Montag abend eingeladen. An dieser Besprechung nahmen etwa 2500 SA.-Leute teil. Die Besprechung vollzog sich so, daß die SA.-Mitglieder Fragen schriftlich einreichten, auf die Goebbels dann antwortete. Auf eine Frage über die zukünftige Betätigung der Nationalsozialistischen Reichstagsfraktion antwortete Goebbels, viele Parteigenossen dächten, daß es jetzt jeden Tag eine solenne Prügelei im Reichstag geben würde. Das sei selbstverständlich nicht möglich. Wenn aber der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Landsberg die „Femerichter" noch einmal als Mörder bezeichne, würde Oberleutnant Heines ihn „von der Bühne runterholen, und die Nationalsozialistische Fraktion würde die Roten aus dem Reichstag hauen, daß sie das Wiederkommen vergäßen". So etwas werde dem Volke imponieren . . .

Wenn die Nationalsozialisten in die Regierung gingen, dann würden sie die Reichswehr-, Polizei- und Kultusministerien besetzen. Die „Leute" dafür seien schon da. Wenn er, Goebbels, Innenminister werde, würde er sich immer als Parteifunktionär fühlen. Wenn er z. B. in einer Zeitung angegriffen würde, dann müßte die SA. zu der betreffenden Zeitung hingehen und den Redakteuren einen Liter Rhizinusöl zu trinken geben. Seine Aufgabe als Minister würde es dann sein, dafür zu sorgen, daß die Polizei erst eine halbe Stunde später käme, wenn alles vorbei wäre. De[illegible] [illegible]n werden, wenn se d[illegible] [illegible]gebracht würden.

Jeder, [illegible] und der Wagen ze[illegible]

Also [illegible] [illegible]uster in Deutschlan[illegible]

Brünings Pr[illegible]

Die Reichsregierung hat am Dienstag abermals den Reichsrat als Forum für die Bekanntgabe und die Begründung ihrer allgemein-politischen Absichten benutzt. Der Reichskanzler Brüning hat das Finanz- und Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung politisch begründet. Er fordert, daß der Reichsrat das Programm in 14 Tagen durchberate.

Der Reichskanzler hat diesen Plan unter zwei Gesichtspunkten gewürdigt. Er erblickt in seiner Durchführung die Voraussetzung jeder auf eine Revision der bisherigen Zahlungsverpflichtungen gerichteten Außenpolitik. Er glaubt ferner, daß die Verabschiedung der 30 Gesetze, die diesen Plan bilden, das Vertrauen wieder herstellen und die Vorbedingung für eine künftige Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft schaffen werden.

So weit der außenpolitische Gesichtspunkt in Betracht kommt, sollen die Darlegungen des Reichskanzlers besagen, daß, solange die deutschen Finanzen nicht gründlich in Ordnung gebracht sind, an ernsthafte Bemühungen um eine erträgliche Neuregelung der deutschen Reparationsverpflichtungen nicht gedacht werden kann. Das ist ein Gesichtspunkt, dem wir durchaus zustimmen können.

Es ist ferner unstreitig richtig, daß die gegenwärtige Krise darauf beruht, daß das öffentliche Vertrauen sowohl in wirtschaftlicher als auch in politischer Hinsicht wankend geworden ist. Die Befestigung des Staatshaushaltes, die Ordnung der Reichsfinanzen, die Befestigung geordneter parlamentarischer Zustände sind sicherlich notwendige Voraussetzungen für eine Ueberwindung der Krise. Strittig ist aber, ob dieses Ziel wirklich nur auf dem Wege zu erreichen ist, den die Regierung zunächst in großen Umrissen und nunmehr auch in Einzelgesetzen vorgelegt hat. Es bestehen dagegen sehr berechtigte Bedenken.

Nach [illegible] [illegible]ung in der gesamten [illegible] [illegible]nseitige Steuer[illegible] Wesentliche dabei ist, [illegible] [illegible]uf dem indirekten [illegible] Frage der Lohnse[illegible] [illegible]rungen des Reichsarb[illegible] im Reichsrat bewei[illegible] [illegible]fft sie nicht nur, hier[illegible] [illegible]leiche Aktivität und[illegible] [illegible]reissenkung. Einige [illegible] vermögen nicht, der[illegible] [illegible]isher nichts Entscheid[illegible] [illegible]nternommen habe!

Aus [illegible] [illegible]ändnis hervor, daß [illegible] [illegible]haltung bisher ni[illegible] Der Reichskanzler [illegible] [illegible]ar-politischem [illegible] darüber geäußert, ob [illegible] Richtung in der Agrarpolitik weiter verfolgen wird. Die bisherige Agrarpolitik, die in der Hauptsache Zollpolitik war, hat nicht nur auf ein Festhalten der Agrarpreise, sondern darüber hinaus auf eine Aufwärtsbewegung hinwirken wollen. Das wirtschaftliche Gesamtinteresse erfordert jedoch nicht nur, daß die Zwischenhandelsspanne erheblich gesenkt wird, es erfordert vielmehr eine energische und fühlbare Preissenkung beim letzten Verbrauch.

Die Programmrede des Reichskanzlers ließ außerdem ein positives Arbeitsbeschaffungsprogramm vermis-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-612166619193011105-18/fragment/page=0009
DFG